



Aktivitäten des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Jahr 2006

Stand: 20.11.2006

Zusammengestellt vom Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ im Auftrag des DGB Bundesvorstandes, Bereich Migrations- und Antirassismuspolitik

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	S.3
„Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V.	S.4
Aktivitäten in (Berufs)schulen und Betrieben.....	S.6
Berufsschulen.....	S.6
Betriebe.....	S.11
Gewerkschaftliche Bildungsarbeit.....	S.12
Beteiligung an Aktivitäten gegen Naziaufmärsche.....	S.22
Beteiligung an Bündnissen und Netzwerken.....	S.36
Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.....	S.43
Sonstige Maßnahmen.....	S.49

Einleitung

Die folgende Zusammenstellung dokumentiert Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Jahr 2006 initiiert oder mitgestaltet hat.

Basis ist eine Internetrecherche des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“. Dazu wurden zunächst die Homepage des Bundesvorstandes, der DGB-Bezirke und der 94 Regionen untersucht. Trotzdem konnten nicht alle Aktivitäten erfasst werden:

Zum einen gibt es zwar für viele Regionen eine Homepage; diese wird jedoch oftmals nur unregelmäßig gepflegt. Zum anderen werden viele Aktionen lediglich im Netz angekündigt, nicht aber nach deren Durchführung nochmals dokumentiert. Dies konnte auch durch telefonische Rückfragen oder Anschreiben per E-Mail nur bedingt aufgefangen werden. Die Auflistung versteht sich daher nur als beispielhaft und ist noch ergänz- und fortführbar.

Trotzdem zeigt sich, wie stark sich allein der DGB – von den Einzelgewerkschaften ganz zu schweigen – in diesem Bereich engagiert hat und wie vielfältig die Aktivitäten sind. Gewerkschaften sind ein kompetenter Ansprechpartner im Einsatz gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz – dies wird auch in der Öffentlichkeit so wahrgenommen.

Die Kategorisierung orientiert sich an den von der DGB-Kommission Rechtsextremismus in ihrem Bericht von 2000 identifizierten Handlungsfeldern. Im Einzelnen sind dies:

- Aktivitäten in (Berufs)schulen und Betrieben
- Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
- Beteiligung an Aktivitäten gegen Naziaufmärsche
- Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- Sonstige Maßnahmen

Am stärksten tritt der DGB im Zusammenhang mit Aktionen gegen die zahlreichen Aufmärsche von Neonazis in Erscheinung, hier haben Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen erfolgreich mit anderen in Bündnissen gearbeitet. An betrieblichen Aktivitäten ist seitens des DGB jedoch kaum etwas zu verzeichnen, da in den Betrieben die Einzelgewerkschaften präsent sind.

Die Inhalte sind dem Internet (Berichte auf den jeweiligen Websites, Artikel etc.) entnommen, es folgte nur eine geringe redaktionelle Bearbeitung. Für Fehler jedweder Art kann so keine Verantwortung übernommen werden. Da es sich um ein öffentlich zugängliches Dokument handelt, wurde bei den Kontaktadressen bewusst auf Angaben von E-Mail-Adressen, Telefon- und Faxnummern verzichtet.

Düsseldorf, 29.11.2006

Mach meinen Kumpel nicht an! – Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

Geschichte und Selbstverständnis

Die Gelbe Hand ist vielen Menschen bekannt. Sie symbolisiert das langjährige Engagement von Gewerkschaften und anderen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Die Gelbe Hand ist das Logo des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“, der 1986 – inspiriert von der französischen Aktion „SOS racisme“ – von der Redaktion des Magazins „ran“ und der DGB Jugend gegründet wurde. Und der „Kumpelverein“ ist immer noch aktiv!

Der Schwerpunkt seiner Aufgaben liegt in der Aufklärung über und Prävention von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, insbesondere im Bereich von Berufsschulen, Betrieben und in der Jugendbildungsarbeit. Gleichermaßen wird das Engagement für die Gleichberechtigung von Migranten und Migrantinnen in der Arbeitswelt unterstützt. Dabei wird eine Vielzahl von Aktivitäten angeboten.

Wettbewerb „Im Netz gegen Rechts“

Unter dem Titel im „Netz gegen Rechts – Arbeitswelt aktiv!“ hat der Verein 2006 einen Wettbewerb ausgeschrieben, der sich an Berufsschüler und Auszubildende richtete und dazu aufrief, Materialien gegen Rechts zu entwickeln.

Zur Unterstützung aller Interessierten hat der Verein vor Ort MultiplikatorInnen beraten, Workshops angeboten und Materialien veröffentlicht, die Hilfestellungen bei der Entwicklung von Wettbewerbsbeiträgen geben. Insgesamt wurden 9 Workshops und ähnliche Veranstaltungsformate durchgeführt, über das Projekt wurde auf etlichen Seminaren, Tagungen und öffentlichen Veranstaltungen in Form von Vorträgen oder mit Informationsständen informiert.

Die vielen Einsendungen im Rahmen des Wettbewerbs dokumentieren die intensive und kreative Auseinandersetzung mit dem Thema und sind ein Beispiel für Handeln mit Zivilcourage in der Ausbildung und am Arbeitsplatz. Die Preisverleihung fand am 19. Oktober 2006 in Düsseldorf statt; die ausgezeichneten Beiträge wurden über die Homepage des Vereins, www.gelbehand.de, ins Internet gestellt. Sie dienen anderen Akteuren als Anregung für eigene Projekte.

Fortbildungsmaßnahmen

„Mach meinen Kumpel nicht an!“ bietet Fortbildungsmaßnahmen zum Thema „Was tun gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ sowie zu „Rechte Jugendkultur“ und „Zeichen und Symbole der extremen Rechten“ an. In 2006 wurden insgesamt 7 solcher Veranstaltungen durchgeführt.

Coaching

Der Kumpelverein unterstützt und berät bei der Konzeption und Realisierung von Veranstaltungen oder Publikationen zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus, Gleichberechtigung, Zivilcourage u. a.

Vermittlung von Referenten

Für gewerkschaftliche Bildungsveranstaltungen werden Referenten und Referentinnen zu Themen wie „Aussteiger aus der Nazi-Szene“, „Gewaltprävention und Zivilcourage“, „Interkulturelles Training“, „Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ etc. vermittelt.

AKTIV + GLEICHBERECHTIGT

In dem monatlich erscheinenden Newsletter „Aktiv + Gleichberechtigt“ wird über gewerkschaftliche und andere Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt berichtet. Dabei werden Anregungen für eigene Projekte vermittelt und die verschiedensten betrieblichen Akteure aber auch Personen aus Initiativen, Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft miteinander vernetzt. Der Newsletter kann in der Print- oder in der Online-Version bestellt werden.

Internet

Über eine Good-Practice-Datenbank auf der Webseite www.gelbehand.de werden regelmäßig Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung im Bereich der Arbeitswelt sowie Beispiel für das Engagement für Gleichberechtigung von Arbeitnehmenden mit Migrationshintergrund vorgestellt.

Materialien

Materialien mit der Gelben Hand an. Damit können Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen nach außen deutlich dokumentieren: Wir sind gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Logo kann beispielsweise auf Flyer, Plakate oder Broschüren gesetzt werden. Über den Verein können für Infotische o.ä. Materialien wie Sticker, Aufkleber und Postkarten bezogen werden.

Kontakt:

"Mach meinen Kumpel nicht an!" e.V.

Hans-Peter Killguss

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193

Fax: 0211 / 43 01-134

E-Mail: info@gelbehand.de

Web: www.gelbehand.de

Aktivitäten in (Berufs)schulen und Betrieben

Berufsschulen

Schulen und vor allem Berufsschulen sind ein wichtiges Rekrutierungsfeld der extremen Rechten. Sie setzt auf die Attraktivität von Musik als „Einstiegsdroge“ und andere erlebnisweltliche Angebote. Durch die Konfrontation mit anderen Positionen und durch Aufklärungsarbeit müssen vor allem diejenigen gestärkt werden, die in Schulen und Klassen versuchen, rechten Orientierungen entgegenzutreten.

Gewerkschaften können auf vielfältige Weise dazu beitragen. So können Argumentationshilfen erstellt, Projekte initiiert oder Fortbildungsveranstaltungen (für Lehrer/innen) durchgeführt werden. Nicht zuletzt können Gewerkschafter sich als Ansprech- und Diskussionspartner zur Verfügung stellen und in Netzwerken mitarbeiten. Bis auf wenige Ausnahmen wie das Netzwerk für Demokratie und Courage ist – im Vergleich zu den Einzelgewerkschaften – der DGB in diesem Feld jedoch nur bedingt vertreten und konzentriert sich auf andere Aufgaben.

Netzwerk für Demokratie und Courage

Der DGB war im Frühjahr 1999 – kurz nach dem die rechtsextreme DVU 1998 die Öffentlichkeit mit einem unerwartet hohen Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt schockiert hatte - einer der Initiatoren des Projekts 'Für Demokratie Courage zeigen' und ist heute in allen Bundesländern, in denen das Projekt verankert ist (neben den fünf neuen Bundesländern sind dies Berlin, das Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg), der Hauptkooperationspartner im 'Netzwerk für Demokratie und Courage'. 'Für Demokratie Courage zeigen' ist ein Projekt der antirassistischen politischen Jugendbildung, bei der ehrenamtliche TeamerInnen an Schulen, Bildungs- und Jugendeinrichtungen Projekttag zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen durchführen. Die Akteure sind selbst junge Leute, die aus unterschiedlichen Orten und gesellschaftlichen Umfeldern kommen. Viele von ihnen sind Gewerkschaftsmitglieder, manche engagieren sich in politischen Jugendverbänden, andere arbeiten in Initiativen mit, und manche sind einfach nur StudentInnen oder Azubis. Sie verbindet ein gemeinsames Ziel: etwas gegen den schon fast „normalen“ braunen Mainstream, gegen die weit verbreitete Ignoranz, Unwissenheit und Intoleranz, gegen den alltäglichen Rassismus in unserer Gesellschaft zu tun. Sie positionieren sich offen und eindeutig gegen Rechts – ein gar nicht so alltägliches Zeichen, dass für andere, sich politisch noch orientierende junge Menschen (Hauptzielgruppe sind Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren) durchaus eine positive Vorbildwirkung haben kann. Derzeit gibt es fünf unterschiedliche Angebote, die in allen Bundesländern – abgesehen von sinnvollen regionalen Anpassungen - nach den gleichen Konzepten durchgeführt werden. Beim Projekttag A „Schublade offen! Am Anfang war das Vorurteil“ stehen Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus thematisch im Vordergrund. Darüber hinaus wird über Fluchtursachen und Fluchtbewegungen diskutiert und darüber, wie ZuwanderInnen in Deutschland leben. Im Projekttag B „Monolizien – die dunkle Seite der Macht ...“ geht es vordergründig um Diskriminierung und dem Umgang mit Macht. Kernstück des Konzeptes ist das Planspiel „Monolizien“, bei dem man hautnah erleben kann, wie totalitäre Systeme an die Macht kommen und was das dann für bestimmte Gruppen von Menschen bedeutet. Um die Vielfalt von Jugendkulturen auf der einen und rechtsextreme Bestrebungen zur Gleichschaltung Jugendlicher auf der anderen Seite dreht es sich beim Projekttag C: "We are different! ". Hier werden auch die verschiedenen Formen von Gewalt thematisiert und anhand von Situationen erprobt, wie man im Alltag Courage zeigen kann. Das Europa der Zukunft – und was das mit dir zu tun hat – ist das Thema von Projekttag E "Europe unlimited". Man erfährt was es bedeutet, in einem EU-Mitgliedsland zu wohnen oder "draußen" zu sein, deine persönliche Chancen und Möglichkeiten in Europa kennenzulernen und Visionen von einem gerechteren Europa der Zukunft zu entwickeln. Last but not least

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

der Projekttag M: unter dem Titel "Der Information auf der Spur" dreht sich alles rund um das Thema Medien. Woher weiß ich, welche Information wahr oder falsch ist, wie wird die öffentliche Meinung, wie werde ich selbst von den Medien beeinflusst, in welchem Zusammenhang stehen Medien und die Ausprägung rassistischer Denk- und Handlungsmuster bei den Konsumenten von Informationen? Die Courage-Projektstage sind kein Unterricht im herkömmlichen Sinne, sondern Angebote, die von den Jugendlichen - SchülerInnen, Azubis und Jugendgruppen - aktiv mitgestaltet werden. Die angewendeten Veranstaltungskonzepte beziehen die jeweilige Situation vor Ort und das direkte Lebensumfeld der Jugendlichen unmittelbar ein. Dabei moderieren die jeweils zwei (in manchen Fällen auch drei) ausgebildeten, ehrenamtlich tätigen jungen TeamerInnen den Projekttag und nehmen eine Widerspruchs- und Aufklärungsfunktion wahr. Thematisiert werden unter anderem Vorurteile, Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus, Gewalt und Jugendkulturen, gemeinsam mit den Jugendlichen wird nach Gegenstrategien gesucht und darüber diskutiert, wie sie selbst vor Ort gegen antidemokratische Bestrebungen Courage zeigen und gegen rechtsextremistische Tendenzen aktiv werden können.

In den vergangenen drei Jahren ist dies in mehr als 400 Projekttagen geschehen. 130 ehrenamtliche TeamerInnen haben damit rund 10 000 Jugendliche erreicht und für die Themen sensibilisiert.

Weitere Informationen:

www.netzwerk-courage.de

Kontakte:

DGB-Jugend Sachsen

Ulrike Stansch

Schützenplatz 14

01067 Dresden

www.dgb-jugend-sachsen.de

(MultiplikatorInnenausbildung zum Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“ und „Für Demokratie Courage zeigen“. Die Ausbildung ist jeweils ganzjährig)

DGB-Jugendbüro Mittelhessen

Friedrich-List-Str. 21

35398 Gießen

(Mehrere Projektstage zum Thema Demokratie und Courage an Schulen in Hessen)

Netzwerk für Demokratie und Courage

Landesnetzstelle Thüringen

Windthorststraße 43a

99096 Erfurt

Internet: www.courage-thueringen.de

DGB West

Simone Ball

Kaiserstr. 26-30

55116 Mainz

16.08. – 22.08.2006: TeamerInnenschulung für den „Projekttag für Demokratie, Solidarität und Mitbestimmung“

Vom 16. bis zum 22.8. fand in Dänemark die Teamer/innenschulung für den „Projekttag für Demokratie, Solidarität und Mitbestimmung“ statt. Der Projekttag war extra für die Schüler/innen der Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundjahre entwickelt worden. Die Schwerpunkte dieses Projekttages sind, Konkurrenz in der Gesellschaft, Solidarität und Gewerkschaften. Er dauerte sechs Stunden und wurde immer von zwei Teamer/innen

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

geteamt. Alle Teamer/innen treffen sich regelmäßig um den Projekttag weiterzuentwickeln und die Berufsschultour zu planen. Für jeden geteamten Projekttag gibt es eine kleine Aufwandsentschädigung. Die Schulung beinhaltet neben der Einführung in den Projekttag auch noch mal eine Auseinandersetzung mit Theaterpädagogik, einer intensiven Adressatenanalyse und eine diskussionsreiche Einführung in die marxistische Theorie als Grundlage dieser Arbeit.

Kontakt:

DGB-Jugend Niedersachsen-Mitte
Mirjam Blumenthal
Otto-Brenner-Str. 1
30159 Hannover

»... für demokratie courage zeigen!«

»... für demokratie courage zeigen!« ist als überverbandliches Projekt gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit konzipiert und wird von der DGB-Jugend, SJD-Die Falken und der Naturfreundejugend in Niedersachsen getragen.

Ziel des Projektes ist es, eine nachhaltige Jugendarbeit zum Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu unterstützen, ehrenamtliche Strukturen von MultiplikatorInnen aufzubauen und eine Qualifizierung zu sichern, Schulen und Berufsschulen für projektorientiertes Lernen zu öffnen und die Zusammenarbeit in einem Netzwerk von unterschiedlichen PartnerInnen zu fördern.

»Courage« will:

- mit Projekttagen an allgemeinbildenden Schulen, in Berufsschulen und Jugendzentren junge Leute dafür interessieren, sich mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auseinanderzusetzen
- junge Leute zum Mit-, Nach- und Umdenken anregen
- jungen Leuten Mut machen, nicht wegzusehen, wenn andere rassistisch denken, reden und handeln
- die demokratische Jugendkultur in Niedersachsen stärken

»Courage-Projekttag«:

Die Projekttag beschäftigen sich mit den Ursachen von Migration, Rassismus, Gewalt und Autorität. Courage wendet sich auch an LehrerInnen, SchulsozialarbeiterInnen, AusbilderInnen in Betrieben und Verwaltungen und andere, die an der Durchführung eines Projekttag interessiert sind! In diesem Rahmen wurden in 2006 etliche Veranstaltungen durchgeführt

Kontakt:

DGB-Jugend Niedersachsen
Dirk Assel
Dreyerstr. 6
30169 Hannover
www.courage-niedersachsen.de oder www.couragends.de

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

"Schule Ohne Rassismus - Schule Mit Courage" ist ein Projekt von unten, das aus den Reihen der Schüler kommt. Die Entwicklung der Aktionsideen und deren Umsetzung unterliegt ihrer eigenen Regie. Das Projekt gewährleistet ein langfristiges, nachhaltiges SchülerInnenengagement durch die Unterschrift der Verpflichtungserklärung und einer damit

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

einhergehenden über Jahre andauernden Auseinandersetzung mit Gewalt, Rassismus und Diskriminierung im alltäglichen Umfeld, der Schule, und ein die Schüler unterstützendes Kooperationsnetz, in das auch die Lehrer einbezogen werden.

Ziele sind die Sensibilisierung von Schülern für alle Formen von Diskriminierung und Rassismus, die Förderung des Engagements von Schülern gegen Diskriminierung und für Integration und Chancengleichheit, die Förderung humaner und demokratischer Denk- und Handlungsmuster bei Schülern, die Qualifizierung von Schülern und Lehrern sowie der nachhaltige Abbau von Rassismus, Diskriminierung und Gewalt in unserer Gesellschaft.

Konzeption des Projektes "Schule Ohne Rassismus - Schule Mit Courage": Schüler erhalten von AKTIONCOURAGE mittels der "Startinfo" das Angebot, für ihre Schule den Titel "Schule Ohne Rassismus - Schule Mit Courage" zu erlangen. Hierzu müssen sich mindestens 70 % aller Schulzugehörigen (Schüler, aber auch Lehrer und andere Schulbedienstete) durch ihre Unterschrift zu den Grundsätzen von "Schule Ohne Rassismus - Schule Mit Courage" bekennen. Damit verpflichten sie sich, sich langfristig mit Aktionen und Projekten an ihrer Schule gegen Gewalt, Diskriminierung und Rassismus zu engagieren. Die Unterschriftenlisten werden bei der Bundeskoordination eingereicht. Im Gegenzug verleiht AKTIONCOURAGE der Schule dann in einem Festakt den Titel "Schule Ohne Rassismus - Schule Mit Courage". Die Schüler suchen sich im Vorfeld einen Prominenten, der die Patenschaft über die Schule übernimmt und an der Titelverleihung teilnimmt. Den Termin der Titelverleihung sollten die Schüler frühzeitig mit der Bundeskoordination abstimmen. Die Schüler werden bei ihren Aktivitäten von einem Kooperationsnetz unterstützt, in das sie eingebunden sind. Dieses besteht aus der Bundeskoordinationen und den Landeskoordinationen sowie aus regionalen und überregionalen Kooperationspartnern aus der Jugendarbeit. Der DGB unterstützt die Aktion.

Kontakt:

Schule ohne Rassismus
c/o GEW Berlin
Ahornstr. 5, 10787 Berlin

Berufsschultour

Seit Jahren geht die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze zurück. Die Konsequenzen liegen auf der Hand: zunehmende Ausbildung in Bildungsträgern und Berufsschulen sowie fehlende betriebliche Mitbestimmung. Mit der Berufsschultour reagiert die DGB-Jugend Berlin Brandenburg auf diese geänderte Ausbildungslandschaft, indem sie die Berufsschule als Lernort aller Azubis – mit und ohne Migrationshintergrund – zum Platz der gewerkschaftlichen Erstansprache macht.

Besonders Jugendliche aus Zuwandererfamilien sind von der hohen Konkurrenzsituation auf dem Ausbildungsmarkt betroffen; etliche von ihnen bekommen keine Lehrstelle. „Die sich verschärfenden Ausbildungsproblemen gebieten es dringend, Azubis über ihre Rechte aufzuklären und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten“, erzählt Marina Andres von der DGB Jugend Berlin Brandenburg.

Mit dem Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“ in den Klassen sowie dem Schulhofprogramm unter dem Slogan „Solidarity Reloaded“ will die DGB-Jugend nicht nur Gewerkschaften als Kompetenzträger in Sachen Arbeit und Ausbildung verankern, sondern gleichermaßen die Gewerkschaft als solidarischen Verband für eine gerechte und solidarische Gesellschaft bei Auszubildenden etablieren. „Wir wollen junge Beschäftigte motivieren, ihre Arbeits- und Lebenswelt selbst zu gestalten und sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen“ so Andres. „Gerade der Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“ will die Schüler und Schülerinnen nachhaltig über ihre Handlungsmöglichkeiten informieren und zur aktiven Beteiligung in Betrieb und Schule anregen. Dieser partizipatorische Ansatz ist wichtig um selbstbewusst gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus aufzutreten.“ Um diesem Anliegen gerecht zu werden, sind die Inhalte an

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

den Problemen der Teilnehmenden ausgerichtet und werden handlungsorientiert erarbeitet. Nach dem Prinzip „Jugend für Jugend“ gestalten jeweils zwei junge, ehrenamtliche, qualifizierte Teamer den Projekttag gemeinsam mit den Schüler und Schülerinnen in einer Klasse.

Mit der Berufsschultour als Kooperation zwischen DGB-Jugend und Mitgliedsgewerkschaften sowie als Verbindung von politischer Bildungsarbeit und fachlicher Beratung werden die Voraussetzungen geschaffen, um an vielen Berufsschulen sowohl in den Klassen als auch auf den Schulhöfen präsent zu sein.

Kontakt:

DGB Berlin Brandenburg
Marina Andres
Keithstraße 1/3
10787 Berlin
www.berufsschultour.de

15. und 18.09.2006: DGB-Courage Chemnitz zur „Interkulturellen Woche“

Es wurden zwei Projekttag zum Thema „Antirassismus“ in Chemnitz durchgeführt. Diese fanden an der Mittelschule Gablenz statt.

Kontakt:

DGB-Region Chemnitz
Jägerstraße 5 - 7
09111 Chemnitz
<http://www.dgb-chemnitz.de>

[Datum]: LehrerInnenfortbildung an der Erich-Kästner Gesamtschule, Bochum

An insgesamt drei Terminen wurden LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern über aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus aufgeklärt. Ziel der Veranstaltung war es, Informationen zu vermitteln um (vermeintlich) rechte Jugendliche erkennen zu können, deren Lifestyle und Argumente zu kennen und somit die Arbeit gegen Rechtsextremismus an der Schule effektiver zu gestalten.

Beim ersten Termin wurden allgemeine Einführungen zur rechten Ideologie, dem Aufbau der Szene und dem Alltag der rechtsextremen Kultur gegeben. Beim zweiten Termin haben wir uns mit Rechtsrock und verwandter rechter Musik beschäftigt, Themen und Texte analysiert und die Bedeutung von Rechtsrock für die Szene und die Agitation deutlich gemacht. Ebenfalls wurde das Thema einer spezifisch rechten Ästhetik angesprochen, wie sie in diversen Musikvideos zu finden ist.

Mit dem neuen Lifestyle, Codes und Symbolen der extremen Rechten befasste sich der dritte Termin. Um das gewandelte Auftreten der Rechten nachzuvollziehen ist es wichtig hinter die „Kulissen“ der rechten Symboliken blicken zu können und in der Lage zu sein, diese aufzuschlüsseln.

Insgesamt waren alle drei Veranstaltungen sehr gut besucht, die Resonanz äußerst positiv und die Schule an einer weiteren Zusammenarbeit interessiert.

Kontakt:

AG Rex der DGB-Jugend NRW
Marc Neumann
Jugendbildungszentrum Hattingen
Am Homberg 44
45529 Hattingen

Betriebe

Als generelle Ziele der gewerkschaftlichen Einflußnahme in Betrieben benannte die Kommission Rechtsextremismus des DGB in ihrem Bericht vom Mai 2000 u.a.:

- Verhindern, dass fremdenfeindliche und rassistische Verhaltensweisen die Betriebsnormalität bestimmen;
- rechtsextremistischen Orientierungen entgegenwirken;

Für die Umsetzung dieser Ziele bieten sich eine Reihe von Instrumenten an, die von den Möglichkeiten der Betriebs- und Personalvertretungsgesetze und arbeitsrechtlicher Aktivitäten (Abmahnungen, Entlassungen, Klagen gegen Beleidigung und Volksverhetzung) bis über die Aushandlung von Betriebsvereinbarungen (Einrichtung von Beschwerdestellen, Verabredung von Sanktionen, Förderung ausländischer Arbeitnehmer/innen) hin zu der Initiierung von Jugendprojekten und Fortbildungsangeboten im Betrieb reichen.

Da in den Betrieben zumeist nicht der DGB, sondern die jeweilige Einzelgewerkschaft vertreten ist, sind in dieser Kategorie bis auf eine Ausnahme (noch) keine Aktivitäten aufgeführt. Auch das NDC hat in diesem Jahr kaum Aktivitäten in Betrieben entfaltet.

Projekte, die zur Verwirklichung einer konsequenten Gleichstellungspolitik beitragen, betreffen zwar mittelbar auch das Thema Rechtsextremismus, müssten jedoch gesondert aufgeführt werden.

[Datum]: MultiplikatorInnenschulung ThyssenKrupp Stahl, Duisburg

Bei mehreren Terminen wurde mit Betriebsräten, Vertrauensleuten und ausgebildeten Kulturmittlern von Thyssen-Krupp Duisburg zum Thema „Versteckspiel“ der neuen Rechten gearbeitet. Zielsetzung war die Vermittlung von Kompetenzen bei Azubis und Mitarbeitern des Unternehmens rechte Tendenzen zu erkennen, die ohne Kenntnis spezieller Codes, Markennamen und Symbolen nicht erkannt worden wären. Alle Vorträge wurden sehr gut aufgenommen, die KollegInnen erwähnten in der Reflektion sich nun in der Lage zu fühlen bestimmte Dinge nun genauer beurteilen zu können und rechte Tendenzen bei Mitarbeitern nun erkennen und einschätzen zu können.

Kontakt:

AG Rex
DGB Jugend NRW
Marc Neumann
DGB Jugendbildungswerk NRW
Am Homberg 44
45529 Hattingen

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Die Angebote gewerkschaftlicher Bildungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus lassen sich grob in zwei Kategorien gliedern, die sich in Form, Inhalte und Zielgruppe unterscheiden:

Zum einen Tagesveranstaltungen, die als Informationsveranstaltungen zumeist in Form von Vorträgen angeboten werden und sich an eine breite Öffentlichkeit richten. Sie werden von den Regionen vor Ort – nicht selten in Kooperation mit anderen Organisationen – durchgeführt bzw. werden vom DGB unterstützt. Formate wie Seminare und Workshops hingegen werden von den Bildungswerken und ähnlichen Trägern angeboten und haben eher den Charakter eine Fort- und Weiterbildung. Sie richten sich daher in erster Linie an MultiplikatorInnen, die in diesem Feld tätig sind.

Bei der Erfassung tritt das Problem, dass Bildungsveranstaltungen zumeist nur bis zum Zeitpunkt ihrer Durchführung im Internet zu finden sind, besonders deutlich zu Tage. Eine umfassende Übersicht scheint daher kaum möglich.

Nicht aufgenommen wurden darüber hinaus Veranstaltungen, die im Bereich der historisch-politischen Bildung zu verorten, jedoch keinen direkten Bezug zu aktuellen Tendenzen des Rechtsextremismus haben, die bereits in anderen Zusammenhängen Erwähnung finden (z.B. Teil von Kampagnen sind) sowie Veranstaltungen, die von ARBEIT UND LEBEN organisiert werden.

09.01.2006: Informationsveranstaltung über Rechte Musik, Holenbrunn

„Rechtsrock“ - Eine Informationsveranstaltung über Rechte Musik. Mindestens 100.000 braune Propaganda CDs will die NPD an Schüler und Erstwähler bei der letzten Bundestagswahl verteilt haben. Der Vortrag von Cornelius Peltz richtete sich speziell an Lehrer, Sozialpädagogen und Jugendbeauftragte und handelte über rechte Musik, den verschiedenen Stielarten, niederschwellige Texte und Botschaften sowie Versuche der Rechtsextremisten über private Feiern und Veranstaltungen tätig zu werden. Es wurde über verschiedene Text- und Musikbeispiele diskutiert. Den Veranstaltungsort Lang-Bräu-Saal in Holenbrunn wurde ganz bewusst ausgewählt, weil die Wirtin dieses Lokals durch ihr mutiges Handeln einen wesentlichen Beitrag leistete, um ein Rechtsrock-Konzert zu verhindern. Für den „Rechtsrock“ - Workshop über Rechte Musik war am 10. Januar 2006 von 17:00 bis 20:00 Uhr in der Fichtelgebirgshalle. Der Workshop baute auf die Vorabendveranstaltung auf und richtete sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die sich mehr mit dem Thema „Rechte Musik“ auseinandersetzen wollten. Liedtexte, Stilrichtungen, Zielgruppen, versteckte Botschaften und Hörproben wurden diskutiert. Cornelius Peltz vom Lidice-Haus Bremen beschäftigt sich seit langem mit dem Thema „Rechte Musik“. Auf Einladung des Projektes Ost-West-Integration der vhs Selb war er in Wunsiedel. Diese beiden Veranstaltungen sind der Auftakt einer Veranstaltungsreihe des Jahres 2006, die vom „Wunsiedler Bündnis gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Menschenwürde“ getragen wird.

Kontakt:

DGB Region Oberfranken Ost
Bahnhofstr. 1
95444 Bayreuth

30.01.2006 – 01.02.2006 Seminar Betzavata

Miteinander« – die deutsche Übersetzung des hebräischen Worts »Betzavta « beschreibt das Ziel dieses Trainingsprogramms sehr genau. Bei Betzavta geht es um das Erlernen und Begreifen eines demokratischen Miteinanders in der Gesellschaft. Durch meist spielerische Übungen werden in sehr eindrucksvoller Weise demokratische Prinzipien für den Alltag erfahrbar gemacht. Die Methoden von Betzavta beziehen die Lebenswelt und Individualität

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

der Teilnehmenden mit ein. Durch den erfahrungsorientierten Ansatz, der sich von herkömmlichen Formen politischer Bildung stark unterscheidet, wird ein sehr persönlicher und emotionaler Zugang zu den Inhalten geschaffen

Kontakt:

DGB Bildungswerk, Jugendbildung
Renè Koroliuk
Am Homberg 44
45529 Hattingen
<http://www.jugendbildungszentrum.de/>

17. – 19. 03. 2006: Forum Rechtsextremismus, „Rechtsextremismus in Bayern“, Jugendgästehaus Dachau:

Am letzten Novemberwochenende findet jedes Jahr das „Forum Rechtsextremismus“ statt. Aktuelle Themen stehen dabei im Mittelpunkt. So haben wir uns zum Beispiel damit beschäftigt, was wir im Alltag und im Betrieb gegen rechte Parolen oder Vorurteile tun können oder wie sich die rechte Szene inzwischen entwickelt hat und was sie charakterisiert. Zum Forum laden wir immer ReferentInnen und interessierte KollegInnen ein.

Kontakt:

DGB-Region Oberland
Bahnhofsplatz 4
82362 Weilheim
<http://www.region-oberland.dgb.de>

21.04.2006 - 23.04.2006: Teamerqualifizierung zum neuen Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit

Wie kann Nicht-Rassismus zu einem Prinzip der Bildungsarbeit werden? Darum geht es in den Teamerqualifizierungen zum Baustein. In einer Konzeptwerkstatt wurden Möglichkeiten entwickelt, die eigenen Seminare zu überprüfen und weiter zu entwickeln. Dabei wurde der Baustein vorgestellt und praktisch eingesetzt.

In Kooperation mit der Jugendbildungsstätte Hütten, ver.di Thüringen Fachbereiche 12 + 13, IG Metall Bezirk Frankfurt

Kontakt:

DGB Bildungswerk Thüringen
Warsbergstraße 1
99092 Erfurt

05.05. – 07.05.2006: Seminar: Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit

Der Baustein-Ordner ist nicht nur in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit bekannt und verbreitet. Das Konzept und die Inhalte des Ordners bieten Ansatzpunkte, um Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Diskriminierungen auch in »ganz normalen Seminaren« entgegen zu wirken. Der Ansatz unterstützt, »Nicht-Rassismus« zum Prinzip für ganz unterschiedliche Seminare und nicht nur in speziellen »Antirassismustrainings« zu machen. Nach einer Einführung in das Konzept und einem Überblick über das Bildungsmaterial im Baustein-Ordner, werden einige Übungen und Methoden ausprobiert und reflektiert. Ausgehend von den Praxiserfahrungen der Teilnehmenden werden Anknüpfungspunkte für das Thema Rassismus in deren Arbeit gesucht und überlegt, welche Elemente des Baustein-Konzepts für die eigene Arbeit hilfreich sein könnten.

Kontakt:

DGB Bildungswerk, Jugendbildung
Renè Koroliuk
Am Homberg 44
45529 Hattingen
<http://www.jugendbildungszentrum.de/>

12.05.2006 - 14.05.2006: Zukunftswerkstatt "Handlungsstrategien gegen rechts" Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Was tun, wenn rassistische Parolen an Stammtischen (bei Bier oder auch bei Champagner) verbreitet werden? Es gibt bereits zahlreiche Broschüren über die „richtigen Argumente“, die man den „Vorurteilen“ entgegenbringen kann. Aber was tun, wenn es gar keine Vorurteile sind? Wenn mein Gesprächspartner sich die Zukunft rassistisch wünscht? Der Wochenendworkshop ging davon aus, daß man nicht nur die besseren Argumente braucht, um sich mit Stammtischparolen auseinanderzusetzen. Gefragt wird, was hinter einer Parole steht: welche Motivation, welches Ziel und wie man sich damit auseinandersetzen könnte. In Übungen wurde praktisches Eingreifen geprobt. Hierfür stand Klaus-Peter Hufer als Referent zur Verfügung, der das gleichnamige Buch „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ geschrieben hat.

Kontakt:

DGB Bildungswerk Thüringen
Warsbergstraße 1
99092 Erfurt

20.05.2006: Workshop „Aktivitäten gegen Rechts“, Syke

Die Referenten, Andreas Speit und Christian Dornbusch berichten über aktuelle Tendenzen des Rechtsextremismus und diskutieren mit den Teilnehmenden, wie entsprechende Projekte für Demokratie und Zivilcourage gestaltet werden können.

Organisiert von Bündnis gegen Rechts Barnstorf/Diepholz und „Mach meinen Kumpel nicht an!“, unterstützt von DGB Jugend Niedersachsen

Kontakt:

DGB Jugend Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
Frank Ahrens
Otto-Brenner-Straße 7
30159 Hannover
<http://www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de>

30.05.2006: Workshop „Aktivitäten gegen Rechts“, Leipzig

Organisiert von „Mach meinen Kumpel nicht an!“ unterstützt von der DGB Jugend Sachsen

Kontakt:

DGB Jugend Sachsen
Ivo Luck
Schützenplatz 14
01067 Dresden
<http://www.dgb-jugend-sachsen.de>

13.06.2006: Vortrag „Gewerkschaft und Rechtsextremismus“, Bochum

Vortrag und Diskussion zur Studie „Gewerkschaft und Rechtsextremismus“ mit Bodo Zeuner

Kontakt:

AG Rex
DGB-Jugend NRW
Marc Neumann
Jugendbildungszentrum Hattingen
Am Homberg 44
45529 Hattingen

16.06.2006: Workshop gegen Rechts

Darstellung der Arbeit des „Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus – Schwedt“

Kontakt:

DGB-Region Ostbrandenburg
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt(Oder)

19.06.2006: Tagung: Unsichere Arbeit, Abstiegsängste und kulturelle Vielfalt. Ursachen für rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Berlin

Rechtsextreme Weltbilder und rechte Orientierungen sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Ihre Kernelemente sind fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Einstellungen. Sie sind längst keine Randerscheinungen in unserer Gesellschaft mehr. Nicht nur „Außenseiter“, sondern auch „Etablierte“ sympathisieren mit rechten Ideologien. Die Gewaltbereitschaft von rechten Gruppierungen gegen „Fremde“ und „Ausländerinnen und Ausländer“ ist erschreckend. Die wiederholten Wahlerfolge rechter Parteien sind besorgniserregend.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist deshalb eine Daueraufgabe von Politik und Gesellschaft. Das Werben für demokratische Grundüberzeugungen, Toleranz und die Anerkennung von kultureller Vielfalt muss auf der Agenda aller Parteien und Organisationen stehen. Ausgehend von der Analyse der vielfältigen strukturellen, sozialen und psychologischen Ursachen für das Erstarken des Rechtsextremismus müssen geeignete Gegenstrategien entworfen werden.

Auch Veränderungen in der Arbeitswelt können Grundlage für das Entstehen rechter Orientierungen sein. Prekarisierungstendenzen, d.h. der Rückgang von Normalarbeitsplätzen und die Zunahme unsicherer Beschäftigungen, können zu Unsicherheitsgefühlen und Orientierungslosigkeit führen. Abstiegsängste sind auch unter qualifizierten Facharbeitern weit verbreitet. Auch Gewerkschaftsmitglieder sind von diesen Entwicklungen betroffen. Sie sind nicht immun gegen undemokratische rechte Ideologien.

Auf der gemeinsamen Fachkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Friedrich-Ebert-Stiftung wollen wir fragen, welche Zusammenhänge es zwischen Veränderungen der Arbeitswelt und der Entstehung und Verbreitung rechter Einstellungen gibt. Vor allem wollen wir Strategien und Konzepte von Gewerkschaften und Betriebsräten diskutieren, ihre Mitglieder und die Belegschaften für demokratische Beteiligungsverfahren zu gewinnen (Veranstaltungsankündigung).

Kontakt:

DGB Bundesvorstand
Volker Rossocha

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

28.06.2006: „Fussball und Rassismus“ (im Vorfeld der Mondiali und während der FIFA-Fußball-WM)

In Zusammenhang mit der Ausstellung „Hessen Fairändert!“ wurde ein Vortrag von Christopher Vogel über „Fussball und Rassismus“ gehalten.

Kontakt:

DGB-Jugendbüro Nordhessen
Holger Kindler
Spohrstraße 6-8
34117 Kassel

29.06. – 13.07.2006: Veranstaltungsreihe zu Neofaschismus und seiner Wahrnehmung in Deutschland, Bremen

Die Zahl rechtsextremistischer Straftaten, insbesondere die Zahl der Gewalttaten, schnell in die Höhe. Die Analyse und die Reaktion scheint immer gleich. Erfolge im Kampf gegen Rechts können weder Polizei noch Politik für sich beanspruchen. Die DGB-Jugend will deshalb die Auseinandersetzung wieder mehr auf eine gesellschaftlich breite Grundlage stellen. Dazu sollen die Veranstaltungen die notwendigen Informationen zur Verfügung stellen. Nicht nur zuhören, sondern auch mitdiskutieren war ausdrücklich erwünscht. Damit dies möglich war, wurden Neonazis des Raumes verwiesen.

29.06.2006 "Bilder und Gedanken - Rechte Symbole, rechte Mythen, rechte Ideologie"

Andreas Speit (Journalist) und Carsten Neumann: Rechte Jugendliche benutzen in verschiedenen Lebensbereichen unterschiedliche Symbole um einander zu erkennen, ebenso um anderen ihre Meinung und Weltanschauung zu zeigen. Nicht immer sind diese Zeichen für alle ersichtlich. Mit jedem verbindet sich mehr als nur ein Code. In der Veranstaltung sollten deshalb nicht nur die Zeichen erkannt werden, sondern viel mehr auch ihr faschistischer Inhalt.

06.07.2006: "Rechtsrock - Rechte Jugendkulturen im Wandel"

Carsten Neumann und Michael Weiss (Autor): In Niedersachsen fanden letztes Jahr nur fünf dem Verfassungsschutz bekannte Rechtsrockkonzerte statt. Ist ein Rückgang zu beobachten oder strukturiert die Szene sich um und erweitert ihren Einflussbereich auf andere Jugendkulturen außerhalb der Skinheadszenen?

13.07.2006: "Rosen für Neonazis? - Kritik der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen und alternative Strategien im Kampf gegen Rechts"

Rudolf Schulze und Ralf Beduhn: Der Umgang mit jugendlichen Neonazis ist geprägt von Verharmlosung und Unkenntnis. Es gibt zwei Konzepte, mit denen die Politik dem wachsenden Problem versucht Herr zu werden. Zum Einen mit Gruppen, die Opfer rechter Gewalt beraten, zum Anderen die Arbeit mit rechten Tätern. Rudolf Schulze ist Sozialpädagoge, der zum Thema akzeptierende Jugendarbeit forscht. Ralf Beduhn ist Lehrer, der seit Jahren mit seinen SchülerInnen antifaschistisch aktiv ist.

Kontakt:

DGB Jugend Bremen
Sabine Herold
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

30.06.06– 02.07.06: Antifaschistische Aktionskonferenz, Niesky

Grundgedanke ist die Förderung einer selbstbestimmten Jugendkultur und die Schaffung eines Gegenpols zu einer zunehmend rechtsgerichteten Anschauung.

Kontakt:

DGB Jugend Sachsen
Schützenplatz 14
01067 Dresden
www.dgb-jugend-sachsen.de

02.09.06- 06.09.2006: Gedenkstättenfahrt Krakow/Oswiecim

Die Gedenkstättenfahrt gab die Möglichkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit einem der einschneidendsten Kapitel unserer jüngsten Vergangenheit. Ziel der mehrtägigen Bildungsfahrt war, die Beschäftigung mit Auschwitz als Synonym der NS-Verbrechen und die Diskussion von Bezügen zur Gegenwart. Neben der zweitägigen Besichtigung der Gedenkstätten Auschwitz / Birkenau und einem Zeitzeugengespräch war am dritten Tag eine Fahrt nach Krakau geplant, in der u.a. das ehemals jüdische Viertel Kazimierz und das Krakauer Ghetto besichtigt wurden.

Kontakt:

DGB Jugend Sachsen
Schützenplatz 14
01067 Dresden
www.dgb-jugend-sachsen.de

08.09.2006 - 09.09.2006: Vorbereitung zum Ratschlag gegen Rassismus und Antisemitismus

Zum Jahrestag der Reichspogromnacht findet am 11. November 2006 zum sechzehnten Mal ein Ratschlag statt, der sich mit historischen und aktuellen Fragen vom Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Nazismus beschäftigt. Der Ratschlag wird unter Beteiligung des DGB-Bildungswerks gemeinsam mit anderen Organisationen und Personen in der Landesarbeitsgemeinschaft Antifa/Antirassismus vorbereitet. Dort wird auch entschieden, an welchem Ort der Ratschlag 2006 stattfindet. Alle Interessierten sind eingeladen, sich an der Arbeit in der LAG zu beteiligen.

Kontakt:

DGB-Region Ostthüringen
Renate Licht
Berliner-Straße 147-149
07545 Gera
<http://www.lag-antifa.de/>

08.09.2006 - 09.09.2006: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Kontakt:

DGB Bildungswerk Thüringen
Warsbergstraße 1
99092 Erfurt

22.09. – 24.09.2006: Seminar: Social-Justice-Training

Social-Justice-Training ist die Bezeichnung für Trainings, in denen die Vermittlung von sozialer Gerechtigkeit und die Anerkennung von Verschiedenheit zentrale Themen sind. Anknüpfend an die Pädagogik der Unterdrückten werden Social-Justice-Trainings seit den 1980er Jahren u.a. von Gewerkschaften in den USA praktiziert. Ausgangspunkt der Trainings ist die Annahme, dass Menschen TäterInnen und Opfer zugleich sind und dass es wichtig ist, Aspekte wie die Komplexität, die Institutionalisierung und die Geschichte von Strukturen gesellschaftlicher Unterdrückung und Diskriminierung zu analysieren. Ein wichtiges Ziel ist es, die demokratischen und politischen Handlungskompetenzen der Teilnehmenden zu erweitern. In unterschiedlichen Modulen setzen sich die Teilnehmenden auf der Grundlage eines Einführungsbausteins u. a. mit Rassismus, Sexismus und Klassenfeindlichkeit auseinander. In dem Training werden die Grundlagen des Konzepts erläutert und ein Trainingsmodul durchgeführt.

Kontakt:

DGB Bildungswerk, Jugendbildung
Renè Koroliuk
Am Homberg 44
45529 Hattingen
<http://www.jugendbildungszentrum.de/>

04.10.2006: Podiumsdiskussion des Odenwälder Bündnis gegen Rechts

Kontakt:

DGB-Region Starkenburg
Horst Raupp
Rheinstr. 50
64283 Darmstadt

09.10.2006 – 22.07.2007 Montagsforum – München und der Nationalsozialismus

Was bedeutet Nationalsozialismus für München und umgekehrt: Was bedeutet dieser für die Entwicklung der Stadt, für ihre Bürgerinnen und Bürger? Diesen Fragen widmet sich das Montagsforum in einer nunmehr schon mehrsemestrigen Reihe mit Vorträgen, Präsentationen einschlägiger Forschungsarbeiten, Zeiteugengesprächen und Filmvorführungen. Dieser monatliche Jour fixe bietet einen Ort der Wissensvermittlung über die einstige „Hauptstadt der Bewegung“ und der Diskussion über die vielschichtige, spannungsreiche und widersprüchliche Geschichte Münchens im Nationalsozialismus.

Termine: 9.Oktober, 13. November, 04. Dezember 2006; 22. Januar 2007

Kontakt:

DGB-Bildungswerk Bayern:
Alexander Rager
Schwanthalestr. 64
80336 München
www.dgb-bildungswerk-bayern.de/muenchen

16.10. – 28.10.2006: Bildungsurlaub „Bella Ciao – Auf den Spuren der Partisanen“ im Oktober zur Geschichte des Nationalsozialismus und dem Widerstand in Italien

In den hessischen Herbstferien bot die DGB-Jugend Nordhessen eine Woche in der Emilia Romagna, dem italienischen Landstrich um Bologna an, um auf den Spuren der Partisanen

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

das Land zu erkunden. Ausgangspunkt des Bildungsurlaubs war die Stadt Reggio Emilia. Reggio ist eine Kleinstadt in der Region, in der der Widerstand gegen den italienischen und deutschen Faschismus besonders stark war. Die Partisanen brauchten den Rückhalt in der Bevölkerung. Warum dies in der Emilia Romagna – der „roten Emilia“ – eher möglich war, wie der Widerstand von zum Teil noch Jugendlichen gegen die technisch hochgerüstete deutsche Wehrmacht auf die Beine gestellt werden konnte, wurde herausgefunden. Es wurden Orte des Zeitgeschehens besucht, mit Partisanen das Gespräch gesucht und auch einen Blick auf die Spuren geworfen, die die Widerstandsbewegung in der heutigen Zivilgesellschaft hinterlassen hat. Noch heute engagieren sich nicht wenige Jugendliche in den Partisanenverbänden.

Kontakt

DGB-Jugendbüro Nordhessen
Holger Kindler
Spohrstraße 6-8
34117 Kassel

4.11.2006: Ratschlage gegen Rassismus und Antisemitismus, Pößneck, Thüringen

Der DGB war Mitveranstalter des 16.Antira/Antifa-Ratschlags in Pößneck. Stattfanden ein antifaschistisches Plenum, ein „großer Spaziergang“ durch die Stadt, ein Workshop in einem Gymnasium, eine Mahnwache gegen Antisemitismus, Opfer der Judenverfolgung in Pößneck, ein Friedensgebet, viel Kultur und Musik.

Kontakt:

DGB-Region Ostthüringen
Renate Licht
Berliner-Straße 147-149
07545 Gera
<http://www.lag-antifa.de/>

15.11.06: Vortrag: Die Aktualität Hitlers, München

Anhand der 1998 und 1999 erschienenen Bücher „Adolf Hitler in der Geschichte“ von Hermann Schmitz und „Hitler - als Vorläufer – Auschwitz, der Beginn des 21.Jahrhundert?“ von Carl Amery wird aufgezeigt, warum es auch knapp 60 Jahren nach dem Ende des dritten Reiches immer noch wichtig ist, sich mit seinem Hauptprotagonisten auseinander zu setzen und was daraus für die Auseinandersetzung mit und in der Demokratie zu lernen. Ein Vortrag von Rheinhard Falter gibt Aufschluss.

Kontakt:

DGB-Bildungswerk Bayern:
Alexander Rager
Schwanthalestr. 64
80336 München
www.dgb-bildungswerk-bayern.de/muenchen

16.11.2006: Vortrag: Strukturen der rechten Szene in Hamburg-Wandsbek, Hamburg

DGB-Jugend wollte bei einem Infoabend Rechtsextremen den Zutritt verweigern. Als die dennoch anrücken, tritt die Polizei auf den Plan: Entweder werden die Nazis eingelassen - oder die Veranstaltung vorzeitig abgebrochen

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Im Vorfeld war sich die Polizei sicher: Neonazis würden keine Bedrohung darstellen für die Veranstaltung der DGB-Jugend - Titel: "Strukturen der rechten Szene in Hamburg-Wandsbek". Auch DGB-Jugendbildungsreferent Heiko Humburg sagt, man habe ihm versichert: "Das wird ein ruhiger Abend." Vor der Veranstaltung am Donnerstagabend im Bürgerhaus Wandsbek erklärte der Polizeieinsatzleiter schließlich auch noch, der Hinweis der Veranstalter, Rechte hätten keinen Zutritt, sei rechts: An die Türen des Veranstaltungsortes hatte der Gewerkschaftsnachwuchs den Hinweis gehängt: "Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien und Organisationen wie NPD, DVU, Rep und der ‚Freien Kameradschaften‘ haben keinen Zutritt zu der Veranstaltung (nach § 6, VersG)". Es kam anders.

Kurz vor Veranstaltungsbeginn, um 19 Uhr, betraten die ersten Neonazis den Saal. Es folgten einzelne ältere NPD-Kader und jüngere Aktivisten der "Freien Kameradschaften" (FK). Als etwa 20 weitere Neonazis ankamen, verwehrten ihnen einige Besucher den Zutritt. Humburg hatte sie aufgefordert, die "unerwünschten Gäste" abzuweisen. "Ihr dürft hier nicht rein", wurde den Rechten am Eingang mitgeteilt. Diese, darunter Karl Göbel, der NPD-Kreisvorsitzender von Wandsbek, sowie Mario Indorf vom NPD-Ordnerdienst, versuchten trotzdem Einlass zu erhalten: Erst schubsten sie, dann schlugen und traten sie.

Eilig sicherten die Angegriffenen die Tür zum Saal, wo rund 40 Gäste saßen, auch ältere Anwohner. Im Flur konnten sie die Neonazis zurückdrängen. Doch aus dem Gebäude wichen die Rechten erst, als Pfefferspray gesprüht wurde. Sofort schlossen die DGB-Gäste die Eingangstür.

Die herbeigerufene Polizei hielt die Neonazis zunächst vom Gebäude fern. Dann aber wies derselbe Einsatzleiter, mit dem zuvor auch die Absprachen getroffen worden waren, den Veranstalter an, den Rechten Eintritt zu gewähren. Ansonsten, erklärte er gegenüber Humburg, müsse dieser die Veranstaltung beenden. Das tat der Gewerkschafter - gewaltbereite Neonazis in den Saal zu lassen, wollte er nicht verantworten. Die Beamten nahmen derweil vier Besucher fest, die sich den Rechten entgegengestellt haben sollen: Sie waren von Neonazis wegen Körperverletzung angezeigt worden.

Einen "Skandal", findet Humburg, "dass der Einsatzleiter nicht willens war, eine Veranstaltung der Gewerkschaft vor Angriffen der Neonazis zu schützen". Auch Hamburgs DGB-Vorsitzender Erhard Pumm erklärte gestern: "Es darf nicht sein, das Rechtsextreme ihre Teilnahme an politischen Veranstaltungen gegebenenfalls mit Hilfe der Polizei durchsetzen und sie damit de facto verhindern können." Es könne nur im Interesse der Polizei sein, jede Situation zu vermeiden, in der sie die Interessen Rechtsextremer gegen demokratische Organisationen durchsetzen müssen, so Pumm.

Polizeisprecher Ralf Meyer dagegen rechtfertigt das Vorgehen der Ordnungshüter: "In der Presse war die Veranstaltung angekündigt, somit ist es eine öffentliche Versammlung, an der jeder teilnehmen darf." Der Hinweis auf das Versammlungsrecht sei nicht zu lesen gewesen.

"Bei allen Ankündigungen", sagt dagegen Humburg, "haben wir diesen Hinweis angeführt." Niels Annen, SPD-Bundestagsabgeordneter und Fachsprecher zum Thema Rechtsextremismus, erklärte gestern, es fehle "der Polizei offensichtlich das Problembewusstsein". Zudem sei er überzeugt, dass "der Ausschluss der Neonazis von öffentlichen Veranstaltungen rechts" gewesen wäre. Die DGB-Jugend plant die Veranstaltung nachzuholen. (taz Nord vom 18.11.2006)

Kontakt:

DGB-Hamburg
Heiko Humburg
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

18.11.06: Workshop „Aktivitäten gegen Rechts – von der Idee zur Umsetzung

Organisiert von „Mach meinen Kumpel nicht an!“ und der DGB-Jugend Köln

Kontakt:

DGB Region Köln-Leverkusen-Erft
Jugendbildungsreferent
Markus Nöthen
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

24.11.–26.11.2006 Seminar: Antirassistische Trainings – Ein Überblick

In diesem Seminar wird versucht, einen Überblick über die zahlreichen Ansätze und Methoden antirassistischer Trainings zu geben. Anhand von beispielhaften Übungen werden einige (weitere) Ansätze dargestellt und eine theoretische Einordnung vorgenommen. Es wird über deren Vor- und Nachteile und die Grenzen des Einsatzes der diversen Methoden in der Jugendbildungsarbeit diskutiert. Dabei werden Ergebnisse der vorherigen Trainingswochenenden in das Seminar einfließen, so dass die Teilnahme an mindestens einem vorangegangenen Training sinnvoll, aber keine zwingende Voraussetzung ist.

Kontakt:

DGB Bildungswerk, Jugendbildung
Renè Koroliuk
Am Homberg 44
45529 Hattingen
<http://www.jugendbildungszentrum.de/>

[Datum] Internationale Jugendbegegnung in Dachau

Die DGB-Jugend München ist Mitträger eines Projekts, das jeden Sommer in Dachau stattfindet: die Internationale Jugendbegegnung. An der dreiwöchigen Veranstaltung nehmen insgesamt 150 Jugendliche und junge Erwachsene aus über 20 Staaten teil, um miteinander zu lernen und zu arbeiten, sich zu begegnen und gemeinsam nach Antworten auf Fragen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu suchen. Das Leitmotiv der IJB beinhaltet diese Aspekte: "erinnern - begegnen - verstehen -Zukunft gestalten". Vier Termine stehen zur Teilnahme an der IJB zur Auswahl.

Das Programm der IJB umfasst neben verschiedenen Workshops Zeitzeugengespräche, Führungen durch die KZ-Gedenkstätte, Rundgänge durch Dachau und München, Exkursionen, Vorträge und Instandhaltungsarbeiten auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte. Neben der inhaltlichen Arbeit haben die TeilnehmerInnen Zeit für persönliche Gespräche, für Ausflüge, Freizeitaktivitäten und das Kennen lernen des heutigen Deutschlands.

Kontakt:

DGB Jugend München
Jugendbildungsreferent Mario Patuzzi
Schwanthalerstraße 64
80336 München
<http://www.dgb-jugend-bayern.de/>

Beteiligung an Aktivitäten gegen Naziaufmärsche

Demonstrationen von Neonazis gehören mittlerweile zum bundesdeutschen Alltagsgeschehen. Das Eindringen Rechtsextremer in den öffentlichen Raum darf jedoch nicht zur Normalität werden. Demokratische Gegenwehr ist daher von besonderer Bedeutung – auch dann, wenn es darum geht, in der Öffentlichkeit ein „Zeichen zu setzen“.

Der DGB war an sehr vielen Demonstrationen und anderen Aktivitäten gegen Nazi-Aufmärsche und andere Nazi-Aktivitäten beteiligt, hat diese mit initiiert oder wesentlich mitgestaltet, engagierte sich zusammen mit anderen Organisationen in Bündnissen, stellte die Infrastruktur und gab politische Impulse. Die folgende Liste, die vor allem die Ereignisse umfasst, bei denen der DGB eine erwähnenswerte Rolle eingenommen hat, ist beliebig ergänz- und fortführbar.

14.01.2006: Plauen „Plauen gegen Braun“

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen die Initiative des Jugendparlamentes, sich mit der Demonstration unter dem Motto: „Plauen gegen Braun“ couragiert gegen rechte Gewalt zu positionieren“ sagte die DGB-Regionsvorsitzende Sabine Zimmermann. Deshalb werden sich auch die Gewerkschaften an der Demonstration beteiligen, um das Anliegen zu unterstützen. Der DGB möchte auch mit seiner Beteiligung den Menschen Mut machen, nicht wegzusehen, wenn andere rassistisch denken, reden und handeln, sondern sie auffordern gemeinsam Courage zu zeigen für die Achtung der Gesundheit, des Lebens und der Würde eines jeden Menschen. Die Nazizeit lehrt uns, zu welchen Grausamkeiten Menschen fähig sind, wenn alle demokratischen Werte außer Kraft gesetzt und durch rechte Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ersetzt werden.

Kontakt:

DGB-Region Vogtland – Zwickau
Bahnhofstraße 68 - 70
08056 Zwickau
<http://www.dgb-vogtland-zwickau.de>

28.01.2006: Dortmund „Nazis raus!“

Am 28.01.2006 liefen wieder die Nazis durch Dortmund und die DGB-Jugend riefen mit anderen Verbänden zur Gegendemonstration auf. Nie wieder Krieg! Gemeinsam gegen Rechtsextremismus!

Kontakt:

DGB Östliches Ruhrgebiet
Ostwall 17/21
44135 Dortmund

04.02.2006: Weinsberg "Hand in Hand gegen Rechtsextremismus!"

Ein Zeichen gegen Nazis haben am 04. Februar 2006 Weinsberger Bürgerinnen und Bürger gegen Nazis gesetzt! Annähernd 200 Menschen protestierten friedlich unter dem Motto: "Hand in Hand gegen Rechtsextremismus" und gegen den 'Wahlkampauftakt' der NPD in Weinsberg. Die Initiative gegen den Naziaufmarsch war von Schülerinnen und Schülern des Justinus-Kerner-Gymnasiums, sowie der Realschule Obersulm und dem Theodor-Heuss-Gymnasium Heilbronn ausgegangen und Parteien, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften hatten sich der Kundgebung angeschlossen. Der DGB-Regionsvorsitzende Bernhard Löffler führte in seiner Ansprache unter anderem aus: "Ignorieren, Wegsehen, Totschweigen ist keine Alternative. Sollen wir denn zu Hause bleiben und den Nazis die

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Straße überlassen? Vielerorts haben Kommunen Neonazi-Veranstaltung verboten und damit dem Wunsch vieler Bürger und Bürgerinnen entsprochen. Das Verwaltungsgericht hat indes die Neonazi-Veranstaltung immer wieder gegen den Willen der Städte dennoch genehmigt. Wieder einmal zeigt sich: Das Versammlungsrecht hat seine Grenzen. Ein Verbot der NPD wäre ein Anfang. Es wird Zeit, dass die Ultrarechten nicht mehr öffentlich gegen Andersdenkende, gegen Ausländerinnen und Ausländer, gegen Gewerkschaften hetzen und das Klima vergiften können. Es wird Zeit, dass die NPD sich nicht mehr an Wahlen beteiligen kann und dafür auch noch staatliche Wahlkampfkostenerstattung bekommt. Aber klar muss auch sein: Mit einem Verbot ist es nicht alleine getan. Organisationen kann man verbieten, Meinungen, Ängste, Vorurteile aber nicht. Rassismus, Antisemitismus und Vorurteile gegen Sinti und Roma, sind in der Bevölkerung weiter verbreitet, als die meisten wissen und wahrhaben wollen. Das Verbot kann deshalb nur ein kleiner Baustein in einem ganzen Strategiebündel sein. Wichtig ist, dass wir nicht nur Täter und Parteien bekämpfen, sondern uns auch mit dem ganz alltäglichen Rechtsextremismus beschäftigen. Weder die Aufrüstung des Staatsapparats noch politische Bildung und Jugendarbeit allein werden Entscheidendes bewirken, wenn wir uns nicht stärker mit den Ursachen des Rechtsextremismus beschäftigen. Warum denken, handeln und wählen Menschen rechts? Welche Rolle spielen Ellbogengesellschaft und Konkurrenz? Welche Rolle spielt eine neoliberale Politik, die die Grundlagen für Solidarität und Mitmenschlichkeit immer mehr auszuhöhlen droht? Auch Hartz IV tut das Seine dazu.... Die Würde des Menschen ist unser Maßstab. Das ist auch mein Motto für heute!"

Kontakt:

DGB-Region Heilbronn-Franken
Gartenstraße 64
74072 Heilbronn
www.heilbronn-franken.dgb-bw.de

11.04.2006: Cottbus „Solidaritätskundgebung mit den BürgerInnen der jüdischen Gemeinde Cottbus“

Wenn Cottbuser Bürger auf Grund von Antisemitismus und Intoleranz angegriffen werden ist das ein Angriff auf die persönliche Freiheit von allen. In der Nacht vom 04. zum 05. April wurde der Eingang des Zentrums der jüdischen Gemeinde in Cottbus mit Hakenkreuzen und Parolen beschmiert. Deshalb organisierte ein Bündnis aus jüdischer Gemeinde, der Gewerkschaft, Stadt Cottbus, Cottbuser Aufbruch, Evangelischer Kirche und der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft eine Solidaritätskundgebung.

Kontakt:

DGB Region Südbrandenburg/Lausitz
Straße der Jugend 13-14
030346 Cottbus
<http://www.region-suedbrandenburg-lausitz.dgb.de>

15.03.2006: Köln „Köln stellt sich quer“

„Ich verstehe nicht, dass eine solche Versammlung nicht verboten wird“, empört sich Markus Nöthen, DGB-Jugendbildungsreferent in Köln. Anfang März 2006 hatten Neonazis unter dem Motto „Multikultur abschaffen“ zum Protest gegen den geplanten Bau einer Moschee aufgerufen. Aufmarschieren wollten sie am Bahnhof Ehrenfeld in Köln – ausgerechnet dort, wo im November 1944 Zwangsarbeiter und Edelweißpiraten, jugendliche Regimegegner aus dem Arbeitermilieu, von den Nazis brutal ermordet worden waren.

Dem wollte der Kölner DGB nicht tatenlos zusehen und organisierte im Rahmen des Bündnis „Köln stellt sich quer“ eine Mahnwache vor der Gedenktafel für die Hingerichteten. Dazu

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

wurde ein Aufruf initiiert, für den Vertreter der unterschiedlichsten politischen Spektren, von der CDU, der SPD über die Gewerkschaften bis hin zur Linkspartei gewonnen wurden. „Wir rufen alle Kölnerinnen und Kölner auf, sich gemeinsam mit uns am zu versammeln, um die angekündigte Provokation zu verhindern“, heißt es darin. „Wir wollten in der Öffentlichkeit ein Zeichen setzen und zeigen: Migranten stehen nicht alleine da“, begründet Nöthen das Engagement.

Zu der Veranstaltung selbst kamen schließlich annähernd tausend Menschen. „Wir brauchen keine Nazis hier in Ehrenfeld“, betonte Bezirksvorsteher Wirges, der die Anwesenden begrüßte. Neben Jean Jülich, einem der letzten noch lebenden Edelweißpiraten, sprach auch der DGB-Regionsvorsitzende Wolfgang Uellenberg-van Dawen. Den rechten Ideologen, die die Ausgrenzung von Migranten aus der deutschen Gesellschaft propagieren, dürfe man nicht auf den Leim gehen. Wichtig sei, die Gleichberechtigung von Menschen aus Zuwandererfamilien zu stärken und deren Situation in Schule und Ausbildung zu verbessern.

Kontakt:

DGB Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg
Markus Nöthen
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

21.04.2006: Potsdam „Wir sind Brandenburg!“

Der Überfall auf Ermyas M hat ganz Deutschland schockiert. Eine Solidaritätskundgebung setzte ein Zeichen. Die DGB Region Mark Brandenburg rief alle friedlichen, demokratischen Kräfte unseres Landes auf, die Aktion "WIR sind Brandenburg!" zu unterstützen. Detlef Baer, Vorsitzender der DGB Region Mark Brandenburg, gehört zu den Erstunterzeichnern der Aktion.

Kontakt:

DGB Region Mark-Brandenburg
Breite Straße 7a
14467 Potsdam
<http://www.wir-sind-brandenburg.de/>

01.05.2005: Rostock „Rostock bleibt bunt“

„Rostock bleibt bunt“ ist das Bündnis gegen Rechts, bestehend aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Hansestadt Rostock und dem Verein „Bunt statt braun“. Ins Leben gerufen wurde das Bündnis vor dem Hintergrund des bundesweiten Aufrufs der NPD. Diese appelliert an ihre Mitglieder und Neonazis, am 1. Mai nach Rostock zu kommen. Unter dem Motto „Arbeit für Deutsche“ versucht die NPD mit gewohnt flachem Populismus auf Kosten ausländischer Mitbürger Politik zu machen. Dem verwehren wir uns. Wir wollen keine Nazis! Weder in Rostock, noch sonst irgendwo in Mecklenburg-Vorpommern.

Der 1. Mai wird daher zu einer bunten und vielfältigen Veranstaltung gegen Rechts. Los geht's um 10 Uhr auf dem Werftdreieck. Der Demozug wird angeführt vom IG Metall Truck und geht entlang des Warnowufers über die Fischerstraße und Lange Straße hin zum Neuen Markt. Dort beginnt 12 Uhr das Bürgerfest "Rostock bleibt bunt!". Auf der Hauptbühne am Rathaus erwartet Sie ein buntes Programm aus Musik, Kabarett und politischen Talkrunden. Zugesagt haben Politiker/innen aus allen Fraktionen. Aus der Hauptstadt reisen an: Hubertus Heil (SPD), Claudia Roth (DIE GRUENEN) und Philipp Mißfelder (CDU). Aus dem Landtag kommen der Ministerpräsident, Harald Ringstorff (SPD), Till Backhaus (SPD), Jürgen Seidel (CDU), Peter Ritter (PDS) und Jürgen Suhr (DIE GRUENEN).

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Viel Musik gibt es auch auf den Bühnen am Uniplatz und in der Steinstraße. Die bunte Auswahl an Interpreten, lässt dabei keine Wünsche offen. Die Liedermacherlegende Konstantin Wecker ist ebenso dabei wie der Schöpfer der Loveparade, Dr. Motte. Dazwischen heizen Katharina Franck (Ex-Rainbirds), Di griene Kuzine und die Newcomer Band Madsen den Rostockern richtig ein. Gegen 21.30 Uhr klingt die Veranstaltung mit einer Lasershow aus.

Zeitgleich findet den ganzen Tag über die Demokratiemeile statt. Ein Infomarkt, an dem sich zahlreiche Organisationen mit ihren Ständen vorstellen. Dabei kann jeder mitmachen, der ein Projekt hat oder seinen Verein bzw. seine Organisation vorstellen möchte. Gegen 21.30 Uhr endet die Veranstaltung mit einer großen Lasershow.

„Rostock bleibt bunt“. Werden auch Sie Teil dieses Bündnisses. Kommen Sie am 1. Mai nach Rostock und feiern Sie mit gegen eine menschenunwürdige, rechte Ideologie und für ein solidarisches und tolerantes Rostock.

Kontakt:

DGB Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

01.05.2006: Heppenheim/Weinheim „Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Weit über 500 Menschen haben gestern gegen den Aufmarsch der Rechten und für ein weltoffenes Weinheim auf dem Bahnhofsvorplatz demonstriert. Ihnen standen am späten Nachmittag rund 350 Neonazis gegenüber.

Zu den befürchteten Krawallen zwischen Linksautonomen und Rechten kam es zum Glück nicht. Nach Angaben der Polizei waren über 1000 Beamte im Einsatz, darunter auch Einheiten des Bundesgrenzschutzes. Ersten Schätzungen zufolge dürfte dieser Einsatz weit über 500000 Euro gekostet haben.

Schon seit dem späten Vormittag kreiste ein Polizeihubschrauber über dem Bahnhofsgelände, das weiträumig abgesperrt worden war. Während die "Initiative gegen Rechts" zusammen mit dem DGB im südlichen Bereich des Bahnhofsvorplatzes ihre Kundgebung abhalten konnte, standen die Neonazis nach ihrer Ankunft gegen 17.45 Uhr ziemlich abseits am nördlichen Ende des Bahnhofsgebäudes. Dazwischen lag sozusagen die gut 100 Meter breite "neutrale Zone", die von starken Polizeikräften gesichert wurde. Die Polizei setzte zahlreiche Videokameras ein, um das Geschehen zu dokumentieren. In der Ludwigstraße und der näheren Umgebung warteten zwei Wasserwerfer und weitere Mannschaftswagen als mögliche Verstärkung.

Die Teilnehmer der Kundgebung der "Initiative gegen Rechts" bewiesen großes Stehvermögen. Denn die Rechten stiegen von Heppenheim kommend zunächst nicht in Weinheim aus, da ihre "Kameraden" in Ladenburg die Erlaubnis zu einem Demonstrationzug erhalten hatten, der ihnen von der Stadt Weinheim erfolgreich verwehrt worden war. So blieb es zunächst bei einem neunminütigen Kurzstopp der Rechten am Weinheimer Bahnhof von 14.03 bis 14.12 Uhr. Dabei lieferten sie sich Wortgefechte mit jugendlichen Linken, die fast alle schwarz gekleidet waren. Auch hier sperrte die Polizei den Zugang ab; allerdings hielten die drei Waggon mit den Rechten nicht wie vorgesehen am Nordende des Bahngleises, sondern in unmittelbarer Nachbarschaft der Gegenkundgebung. Es sollte zum Glück die einzige Panne bei diesem Einsatz bleiben.

Als die Rechten um 17.45 Uhr aus Ladenburg kommend wieder in Weinheim eintrafen und diesmal am Nordende ausstiegen, wurde es noch einmal kurz brenzlich. Aus den Reihen einiger Linksautonomer flogen eine Glasflasche und eine Rauchbombe in Richtung der Polizei. Die Polizei nahm die beiden mutmaßlichen Werfer vorläufig fest. Eine Frau war

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

bereits vorher abgeführt worden, da sie nach Polizeiangaben gegen das Vermummungsverbot verstoßen hatte. Ansonsten konnte eine Eskalation aber vermieden werden. Dies war auch das Verdienst der vielen friedlichen Gegendemonstranten aller Altersstufen, die trotz der Verzögerung wieder gekommen waren, um den Neonazis nicht das Feld zu überlassen. In kurzen Ansprachen wurden von den Rechten die USA als Feindbild heraufbeschworen, die Ungleichverteilung des Reichtums in Deutschland angeprangert und als einzige Lösung aller Probleme ein "nationaler Sozialismus" propagiert. Ein paar rechte Parolen wurden noch skandiert, dann wurde die Kundgebung um 18.30 Uhr beendet. Bis die Neonazis, überwiegend junge Männer um die 20, Weinheim wieder mit der Bahn verließen, vergingen freilich noch einmal 45 Minuten. Um 19.15 Uhr konnten die ersten Polizeieinsatzwagen abrücken.

Auf Seiten der "Initiative gegen Rechts" hatten im Laufe des Nachmittags Vertreter unterschiedlichster Gruppen das Wort ergriffen; moderiert von Ernst Ihrig vom DGB und Elisabeth Kramer von der GAL wurden aber auch einige kulturelle Beiträge geboten. Oberbürgermeister Heiner Bernhard brandmarkte die rechtsextremistischen Umtriebe als "Gefahr für die Grundwerte unserer Gesellschaft". Und er machte deutlich: "Wir wollen hier in unserer Stadt keinen Rechtsradikalismus." Allerdings bedauerte er die Namenswahl der Initiative, er bekenne sich viel lieber zu dem Slogan "für ein weltoffenes Weinheim".

Tina Gulden vom Vorstand des DGB Weinheim wies darauf hin, dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit mit dem Faschismus nicht vereinbar sind. Sie betonte aber auch, dass die immer stärker um sich greifende Existenzangst in Deutschland eine "Steilvorlage für die Nazis" sei. Ähnlich argumentierte Helmut Schmitt, Vorsitzender der IG BCE Weinheim. Radikale Töne schlug lediglich Udo Belz an; der Betriebsrat von Alstom in Mannheim kritisierte auch die Polizei scharf.

Stella Kirgiane-Efremidis sprach für den Koordinierungskreis zur Integration von Ausländern: "In Weinheim ist kein Platz für Extremisten - weder für Rechte noch für Linke", sagte sie unter dem Beifall der meisten Zuhörer. Der evangelische Dekan Rainer Heimbürger machte deutlich, dass jeder Bürger für die Demokratie eintreten müsse, um nazistischem Gedankengut nicht die Straße zu überlassen. "Wir haben unsere Lektion gelernt", so Heimbürger. Uli Sckerl, Landtagsabgeordneter der Grünen, meinte, Weinheim könne stolz darauf sein, den Nazi-Aufmarsch verhindert beziehungsweise aufgehalten zu haben. Allerdings bleibe für ihn ein fader Beigeschmack, dass die Behörden und die Politik nicht in der Lage seien, Neonazi-Kundgebungen gänzlich zu verbieten. Viel Beifall bekam schließlich der Vorsitzende der Türkisch-Islamischen Gemeinde Weinheim, Ishak Ünal, der sich für ein friedliches und brüderliches Zusammenleben aussprach und für gegenseitige Toleranz warb (Weinheimer Nachrichten vom 02.05.2006)

Kontakt:

DGB Rheinland-Pfalz
Dietmar Muscheid
Kaiserstr. 26-30
55116 Mainz

DGB Ortsverband Weinheim
Marktplatz 1
69469 Weinheim

13.05.2006: Koblenz + Marienfels „NS Verherrlichung stoppen“

In Koblenz formiert sich der Widerstand gegen einen Neonazi-Aufmarsch. Der DGB will am 13. Mai 1000 bis 1500 Teilnehmer für eine Gegendemonstration mobilisieren. Die Sicherheitsbehörden können noch nicht abschätzen, worauf sie sich bei den Rechten einstellen müssen. Noch wenig Klarheit, wie eine Neonazi-Demo in Koblenz am 13. Mai

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

verlaufen wird: Die Behörden hatten sich Aufschluß von einem Termin mit einem NPD-Funktionär am gestrigen Freitagnachmittag erhofft. Doch der Mann, der die Demo angemeldet hatte, meldete sich kurzfristig ab: Der Termin ist verschoben. Und deshalb konnte man ihm beim Ordnungsamt offenbar auch nicht sagen, dass er seine Vorstellungen ändern muss. Nach RZ-Informationen planen die Rechten einen Marsch vom Bahnhof zum Schloss, ein Weg, der nach Einschätzung von Fachleuten keine Chance auf Genehmigung hat. Im Rathaus ist Zurückhaltung angesagt: "Wir haben die Anmeldung vorliegen, hatten aber noch keinen direkten Kontakt zum Anmelder und können deshalb nichts Näheres sagen", so Hildegard Henritzi, Leiterin der Abteilung Gewerbe- und Ordnungsrecht beim Koblenzer Ordnungsamt. Der DGB ist da schon weiter; er geht von einem Beginn der rechtsextremen Kundgebung um 15 Uhr aus und plant von 14.30 Uhr an eine Gegenveranstaltung - lediglich der Treffpunkt ist noch offen: "Zeigen wir gemeinsam, dass ‚Zu Gast bei Freunden‘ auch in Koblenz gilt und dass wir für Demokratie und Menschenrechte aufstehen - gegen Ausgrenzung und Intoleranz!", heißt es in einem Aufruf. Zu dessen Erstunterzeichnern gehören neben der Koblenzer DGB-Vorsitzenden Gabi Weber Oberbürgermeister Dr. Eberhard Schulte-Wissermann, mehrere Bundes- und Landtagsgeordnete, die Betriebsratsvorsitzenden großer Betriebe und kirchliche Vertreter.

Edmondo Steri, Leiter der Polizeiinspektion I, verspricht: "Wir werden alles tun, um die Folgen für Außenstehende so gering wie möglich zu halten und zugleich auch das Recht auf Ausübung der Versammlungsfreiheit zu gewährleisten." Welchen Aufwand das für die Polizei bedeuten wird, "ist aus vielerlei Gründen noch nicht absehbar". Da ist zum einen die Ungewissheit, was das Gespräch beim Ordnungsamt ergibt. Zum anderen dürften viele Rechte und Autonome nach Göttingen statt nach Koblenz fahren, wenn Gerichte das Verbot einer dort geplanten NPD-Großdemo am gleichen Tag aufheben. Die Kundgebung der Rechten in Koblenz knüpft an eine weitere in Marienfels im Rhein-Lahn-Kreis an, wo bis zur Zerstörung 2004 ein Denkmal der Waffen-SS stand. Nachdem sich dort lange nur Veteranen versammelt hatten, gab es an der Stätte seit 2003 mehrere rechtsextreme Kundgebungen und Aufmärsche mit bis zu 250 Teilnehmern. Erstmals verbinden die Rechtsextremisten nun eine Kundgebung in Marienfels mit einer Demo in Koblenz. Die Polizei muss wohl in jedem Fall ihr Aufgebot verstärken. Zudem ist es in einer Stadt wie Koblenz schwieriger als in einem Dorf, ein Aufeinandertreffen von Autonomen und Neonazis zu verhindern. (Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz Stadt vom 29.04.2006)

Kontakt:

DGB-Region Koblenz
Moselring 5-7a
56068 Koblenz
www.dgb-koblenz.de

03.06.2006: Murnau „Gemeinsam gegen die Nazis“

Das Werdenfelser Bündnis gegen die Gründung des NPD-Kreisverbandes führt am 3. Juni 2006 in Murnau einen Demonstrationzug mit Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz (Mariensäule) durch. Verantwortlich für das Werdenfelser Bündnis ist Manfred Neupfleger, DGB-Regionsvorsitzender in Weilheim

Kontakt:

DGB-Region Oberland
Bahnhofsplatz 4
82362 Weilheim
<http://www.region-oberland.dgb.de>

13.06.2006: Halbe „Zivilcourage zeigen!“

„Neonazis dürften nicht erneut Gelegenheit erhalten, in Halbe ihre vergiftende Propaganda loszuwerden“, sagte Detlef Baer, Vorsitzender der DGB Region Mark Brandenburg des Aufmarsches der Rechtsextremisten am 13. März 2006 in Halbe. Der DGB unterstützt das "Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche" in Halbe und rief alle engagierten Demokraten auf, sich gewaltfrei am Protest gegen rechts zu beteiligen. Es wurden rund 800 Nazis gezählt.

Kontakt:

DGB Region Mark-Brandenburg
Breite Straße 7a
14467 Potsdam

01.07.2006: Zwickau „Kundgebung gegen Rechts“

DGB rief gemeinsam mit dem Netzwerk „Buntes Vogtland“ zur Teilnahme an der Demonstration für Demokratie und Toleranz auf dem Plauener Altmarkt auf.

Kontakt:

DGB-Region Vogtland – Zwickau
Bahnhofstraße 68 - 70
08056 Zwickau
<http://www.dgb-vogtland-zwickau.de>

08.10.2006: Friedrichshafen „Für Demokratie und Toleranz“

In erschreckender Regelmäßigkeit marschieren in Friedrichshafen Neonazis auf. Doch wie bei jeder dieser Gelegenheiten haben auch diesmal Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Region bewiesen, dass neofaschistisches Gedankengut in der Region nicht ungestört propagiert werden kann. Die Linkspartei.PDS Oberschwaben hat sich mit mehreren Genossen, wie der DGB an der Gegendemonstration beteiligt, die unter anderem vom "Bündnis gegen Rechts - Bodensee" organisiert wurde. Zwar konnte das Ziel, die Demoroute der Neofaschisten zu blockieren, nicht erreicht werden, dennoch wurde den Friedrichshafner Bevölkerung eindrucksvoll demonstriert, dass der Widerstand gegen die Neofaschisten nicht schläft.

Aufruf: „Für Weltoffenheit und Toleranz - gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus

Wir, Bürgerinnen und Bürger aus Friedrichshafen und Oberschwaben, stehen friedlich zusammen gegen den Aufmarsch rechtsradikaler und neonazistischer Organisationen. Die Gesinnung, die mit dem rechten Aufmarsch der Organisation "Freier Widerstand Süddeutschland" zum Ausdruck kommt, hat die Menschen in den 2. Weltkrieg gestürzt. Faschistische Gesinnung hat viele Mitbürger damals ihrer Menschlichkeit beraubt. Viele wurden ermordet oder mussten sich als Zwangsarbeiter z.B. im Überlinger-KZ-Stollen zu Tode schuften. Wir wollen rechtsradikalem Gedankengut keinen fußbreit Spielraum einräumen.

Wir wehren uns entschieden dagegen, dass Leute mit dieser Gesinnung durch Friedrichshafen marschieren. Es ist nicht zu ertragen, dass sie heute noch die gleichen Parolen wie früher rufen. Dass sie nicht bereit sind, aus der Geschichte zu lernen.

Wir stellen uns den rechtsradikalen Organisationen entgegen.

Wir stellen uns hinter die Polizei, gegen die die Faschisten demonstrieren wollen.

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Wir fordern alle auf, es uns gleich zu tun. Wir stehen für eine demokratische und tolerante Gesellschaft.

Wir lehnen Extremismus in jeglicher Form ab.

Wir feiern nach unserer Gegendemonstration ein Fest für ein weltoffenes Friedrichshafen

Kontakt:

DGB-Region Bodensee-Oberschwaben
Gottfried Christmann
Jahnstr. 26
88214 Ravensburg

22.07.2006 „Der Odenwald wehrt sich“

Kontakt:

DGB Odenwaldkreis
Bahnhofstr. 29
64720 Michelstadt

19.08.2006: Wunsiedel „Tag der Demokratie“

Dreimal ist es Wunsiedel bereits gelungen, im August ein deutliches Zeichen für Demokratie zu setzen, das schillernder, kräftiger und erfolgreicher war, als alle Versuche der Rechtsextremen, ihre menschenfeindliche Botschaft zu demonstrieren. Es war ein „bunter“ Tag mit einem kulturellen Programm: Einem Gottesdienst, der Meile der Demokratie, eine Friedensdemonstration und Kundgebung, einem Kulturprogramm, Begegnungen und Bildung, Information und Inspiration, die Ausstellung Wannsee-Konferenz sowie kulinarischen Genüssen. Der DGB war bei dieser Aktion stark involviert. Der Aufmarsch der Neonazis blieb in Wunsiedel verboten.

Weitere Informationen

www.tag-der-demokratie.de

Kontakt:

DGB Region Oberfranken Ost
Bahnhofstr. 1
95444 Bayreuth

02.09.2006: Dortmund „Unsere Stadt hat Nazis satt“

Ein Tag nach dem bundesweiten Antikriegstag setzt der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus ein Zeichen für Demokratie und Gleichberechtigung aller Menschen. Mit einer Kundgebung in der Dortmunder Innenstadt und mit Guntram Schneider als Redner macht der DGB aufmerksam und sensibilisiert.

„An der Kreuzung Märkische Straße/Saarlandstraße hatten sich rund 300 Bürger zu einer Gegenkundgebung des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus eingefunden. Sie probierten diesmal eine ganz neue Form des Protestes aus: Zu den Klängen eines Karnevalsmarsches begrüßten sie die Neonazis mit Faschings-Tröten und lautstarkem Gelächter. Den Rufen der Nazis ("Nie wieder Krieg nach unsrem Sieg!") setzten sie ein dreifach kräftiges "Dortmund helau" entgegen. "Heute sind mehrere bunte Straßenfeste in der Stadt - wir lassen uns die gute Stimmung doch nicht vermiesen", hatte DGB-Kreisvorsitzender Eberhard Weber die Besucher zuvor eingeschworen.

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Auch Nordrhein Westfalens DGB-Vorsitzender, Guntram Schneider, war gekommen, um ein Zeichen gegen die rechten "Lümmels" zu setzen. "Wir lassen unsere Gesellschaft nicht noch von denen spalten, die meinen, sie müssten Sündenböcke für gesellschaftliche Notlagen finden. Deshalb müssen wir Neonazismus überall da bekämpfen, wo er seine hässliche Fratze zeigt."

Auf Einladung des "Bündnis Dortmund gegen Rechts" hatten sich auf der Märkischen Straße südlich der Einmündung Wenkerstraße weitere 270 Nazigegner getroffen. Dort kam es gegen 15 Uhr zu Ausschreitungen - eine Gruppe von Antifaschisten versuchte auf einmal, eine Polizeikette zu durchbrechen, um zur Route der Rechten zu stürmen. Einsatzkräfte einer Hundertschaft verhinderten das. Einige Teilnehmer der Versammlung bewarfen die Beamten daraufhin mit Eiern und Feuerwerkskörpern. Polizisten umzingelten die Gruppe, um die gewalttätigen Störer festzunehmen. Diese konnten zunächst aber nicht identifiziert werden.

Gegen 17 Uhr endete der rechte Aufmarsch. Neonazi Christian Worch, der wie berichtet noch eine weitere Demo angemeldet hatte, verzichtete schließlich auf eine "Extrarunde". Entgegen seiner Anmeldung hatte ihm die Polizei einen Marsch durch das Kreuzviertel untersagt und ihm stattessen freigestellt, den Weg der ersten Demonstration noch einmal zu beschreiten (Ruhrnachrichten, 04.09.2006)

Kontakt:

DGB Östliches Ruhrgebiet
Ostwall 17/21
44135 Dortmund

16.09.2006: Hof „Hof ist international“

Am 16. September 2006 demonstrierten rund 2.000 Demokratinnen und Demokraten aus Hof und der Region gegen den braunen Spuk. So wurde eindrucksvoll ein Zeichen gesetzt, dass in Hof kein Platz für Rechtsextremismus, Fremdenhass, Gewalt und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts ist! Der Tag lief unter dem Motto „Hof ist bunt“. Der DGB rief auf!

Kontakt:

DGB Oberfranken-Ost
Jürgen Jakob
<http://www.hof-ist-bunt.de/>

27.09.2006: Regensburg „Rote Karte für Rechtsaußen“

Der Bürgermeister der Stadt Regensburg lädt ein zur Demonstration "Rote Karte für Rechts außen!" Die Stadt Regensburg will ein deutliches Zeichen setzen und zeigen, dass Regensburg gewaltfrei, engagiert und mutig für eine offene Stadt eintritt, in der Rechtsextremismus und seine Erscheinungsformen nicht geduldet werden.

Mitveranstalter der Demonstration sind: DGB Regensburg, Evangelisches Dekanat Regensburg, Katholisches Stadtdekanat Regensburg, Jüdische Gemeinde Regensburg.

Kontakt:

DGB-Region Regensburg
Richard-Wagner- Str. 2
93055 Regensburg

07.10.2006: Laupheim (Motto unbekannt)

Am 7.10.2006 ließ es sich die faschistische Jugend in Baden-Württemberg (und Konsorten) ein weiteres Mal angelegen sein, einen Demonstrationszug - diesmal in Laupheim - durchzuführen. Wie üblich stellten sich den rund einhundert Faschisten mehrere hundert Gegendemonstranten entgegen. Unter den Gegendemonstranten fanden sich hunderte Punks, aber auch viele Laupheimer Bürger, die ihre Stadt nicht dem braunen Aufmarsch preisgeben wollten. Der DGB beteiligte sich aktiv bei der Gegendemonstration.

Kontakt:

DGB-Region Ulm-Biberach
Weinhof 23
89073 Ulm

14.10.2006: Hamburg, „Keine Chance den Braunen!“

Am 14. Oktober maschierten Neonazis aus der NPD und den militanten sog. «freien Kameradschaften" durch die Hamburger Innenstadt. Unter dem populistischen Slogan «Nationale Arbeitsplätze statt internationaler Profite" trugen sie ihre faschistischen Ansichten in die Gesellschaft. «Mit populistischen Schlagwörtern wollen die Braunen die wachsende Verunsicherung der Menschen angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau für ihre nationalsozialistischen Ziele nutzen und spielen sich als Retter der deutschen Arbeitnehmer und Erwerbslosen auf», sagt Erhard Pumm, Vorsitzender des DGB Hamburg. «Dabei suggerieren sie auch, das dass Problem Arbeitslosigkeit gelöst werden könnte, wenn es keine ausländischen Kollegen gäbe. »So hetzt die NPD in ihrem Programm gegen nicht-deutsche Kollegen sowie gegen Gewerkschaften und spricht sich selbst für Zwangsarbeitsdienste aus.

Der DGB warb für breiten Protest gegen diese menschenverachtende, demagogische Politik der Neonazis und unterstützte die antifaschistische Demo des Hamburger Bündnisses gegen Rechts am 14. Oktober.

Kontakt:

DGB Hamburg
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
<http://www.dgb-hamburg.de>

29.10.2006: Göttingen „Göttingen zeigt Gesicht gegen NPD und andere Nazis“

Unter dem Motto "Göttingen zeigt Gesicht - Gegen NPD und andere Nazis" riefen der Deutsche Gewerkschaftsbund und alle anderen im Bündnis gegen Rechts vertretenen Organisationen zu einer machtvollen und friedlichen Protestdemonstration gegen den geplanten Aufmarsch der NPD am 29.10. auf.

Die Aktivitäten am 29.10 begannen um 09.00 Uhr mit einem Frühstück gegen Rechts. Um 11.00 Uhr startete dann die Demonstration am Platz der Synagoge, wo im Anschluss auch die Abschlusskundgebung stattfand. Im Vorfeld der Demonstration zeigte sich der DGB-Regionsvorsitzende Martin Gertenbach zufrieden über die Resonanz in der Bevölkerung: "Allein in der letzten Woche haben weitere 900 Personen auf unseren Unterschriftenlisten unterschrieben, so dass jetzt insgesamt mehr als 2000 Göttingerinnen und Göttinger bekundet haben, dass sie die NPD nicht in ihrer Stadt sehen wollen." Gertenbach rief alle Menschen, die unterschrieben haben dazu auf, zur Demonstration zu gehen und auch dort "Gesicht zu zeigen".

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Kontakt:

DGB Region Südniedersachsen Harz
Inga Wichmann
Obere Masch 10
37073 Göttingen
<http://www.suedniedersachsegegenrechts.de/>

Die Demonstration der NDP rund um die Göttinger Innenstadt am 29. Oktober konnte durch ein breites Bündnis verhindert werden. Rund 5000 TeilnehmerInnen demonstrierten friedliche gegen den Aufmarsch der Rechten. Die Polizei versuchte mit einem massiven Polizeiaufgebot von 3800 Polizisten und Polizistinnen die Marschroute der Rechten vorerst durchzusetzen. Entlang der geplanten Route der NPD bauten Autonome an mindestens 30 Stellen Barrikaden. Müllcontainer, Baumaterial und andere Gegenstände wurden auf die Straße getragen und angezündet. Die Berufsfeuerwehr war 21 Mal im Einsatz. In der Weender Landstraße und am Kreuzberggring kam es zu Auseinandersetzungen. Steine, Eier und Wasserbeutel flogen in Richtung NPD und Polizei. Auch die schon anfangs auf Grund von ersten Ausschreitungen verkürzte Marschroute der NPD, konnte von der Polizei schließlich nicht mehr durchgesetzt werden. Die NPD Demo wurde abgebrochen. Die Rechten wurden schließlich von der Polizei zum Bahnhof eskortiert. Um 16:15h verließen die letzten von ihnen die Stadt!

Auch die DGB-Jugend Göttingen beteiligte sich wie viele andere GewerkschafterInnen aktiv an der Gegendemonstration. Die DGB Bundesjugendkonferenz hatte den Göttingerinnen und Göttingern bereits am Samstagmorgen ihre Solidarität und ihre Unterstützung ausgesprochen.

Kontakt:

DGB Göttingen
Obere Masch 10
37073 Göttingen
<http://www.dgb-goettingen.de/>

30.10.2006: Helmstedt „Mahnwache gegen NPD im Rat“

Der DGB und die IG Metall rufen zu einer Mahnwache am 2. November 2006 um 16 Uhr vor dem Rathaus (Marktplatz) in Helmstedt auf. Unter dem Motto: "Helft Helmstedt gegen die Naziplage - Zeigen wir: Diese Stadt will keine Neo-Nazis im Rat!!!" soll gegen den erneuten Einzug der NPD in den Helmstedter Rat demonstriert werden.

Kontakt:

DGB Region SüdOstNiedersachsen
Wilhelmstraße 5
38100 Braunschweig

04.11.2006: Bremen (Gröpelingen) „Dem Hass keine Chance - Bremen bunt statt braun!!!“

Am 04. November demonstrierte die NPD in Gröpelingen. Eine Herausforderung für alle demokratischen Kräfte in Bremen. Die Gegendemonstration begann um 10 Uhr. Der DGB und das Bündnis „Keinen Meter!“ forderten ein sofortiges Verbot aller faschistischen Propaganda und Organisationen. Sie riefen alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, dem Auftritt der NPD-Faschisten mit Demonstrationen, Menschenketten, Mahnwachen und vielfältigen anderen Aktionsformen entgegen zu treten!

Kontakt:

DGB Jugend Bremen
Sabine Herold
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
<http://www.keinen-meter.de/>

11.11.2006: Berlin „Gegen den NPD-Parteitag“

Als Provokation der besonderen Art wertet der DGB die Tatsache, dass die NPD ihren Parteitag ausgerechnet in Berlin abhalten wolle: In der Stadt, in der der deutsche Faschismus sein Machtzentrum hatte und der Holocaust geplant wurde, hätten ausländerfeindliche und antisemitische Kräfte nichts zu suchen, so Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg. Der DGB appelliert an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gegen den NPD-Parteitag zu protestieren.

Einer Partei, die das gesellschaftliche Klima vergifte und in der Maske der Biedermänner die Unterwanderung der Gesellschaft betreibe, müsse die Zivilcourage aller Demokraten entgegengesetzt werden.

Gegen den Virus des Rechtsextremismus und Rassismus helfe vor allem Aufklärung und gesellschaftliches Engagement, so Doro Zinke. Seit 1991 arbeitet der DGB aktiv im Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, das er zusammen mit relevanten gesellschaftlichen Kräften in Berlin und Brandenburg betreut. Für beispielhafte Aktivitäten verleiht das Bündnis seit 1993 einen Preis für Zivilcourage.

Der DGB ruft auf zur Kundgebung: Samstag, den 11. November 2006, ab 10 Uhr, Trabrennbahn Mariendorf, Hirzerweg/Ecke Kruckenbergstraße.

Kontakt:

DGB Berlin Brandenburg
Keithstraße 1/3
10787 Berlin

18.11.2006: Halbe „Tag der Demokraten“

Seit 1990 versuchen rechtsextreme Kreise und Neonazis das Gedenken am Volkstrauertag zur Verklärung des Kampfes einiger Wehrmacht- und SS-Einheiten im April 1945 zu missbrauchen. Sie wollen den Waldfriedhof in Halbe zu einem Heldenfriedhof stilisieren und ihm eine besondere Symbolkraft für ihre antidemokratischen und nationalistischen Bestrebungen geben. „Wir können und wollen das nicht hinnehmen. Wir dürfen den Neonazis weder die Gedenktage noch die Straße und erst recht nicht die Köpfe der Jugend überlassen“ sagt Olaf Himmel, Vorsitzender der DGB Region Ostbrandenburg und ruft alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf, am Sonnabend, den 18. November 2006 im brandenburgischen Halbe den Protest gegen den Aufmarsch der Ewiggestrigen zu unterstützen. Der DGB-Vorsitzende appellierte, Zivilcourage zu zeigen und zu verhindern, dass Halbe ein Wallfahrtsort für braunes Gedankengut werde. Der Virus des Rassismus und Rechtsextremismus habe die Gesellschaft bereits vergiftet. Alle stünden in der Verantwortung, von den Elternhäusern über die Schulen bis zu den Betrieben und Gewerkschaften, demokratische Tugenden wie Toleranz und Solidarität zu verteidigen. Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz müsse der Nährboden entzogen werden. Die Nazis zogen in diesem Jahr nicht in Halbe, sondern im ca. 100 km weit entfernten Seelow auf, da ihnen der Marsch zum Friedhof untersagt worden war.

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Kontakt:

DGB Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1-3
10787 Berlin

DGB-Region Ostbrandenburg
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt(Oder)

25.11.2006: Minden „Bündnis gegen Nazi-Demo“

Die Nazis hatten ihren Aufmarsch für den 25.11.2006 in Minden einen Tag zuvor für abgesagt erklärt. Dennoch kamen mehr als 400 Menschen aus den unterschiedlichsten Spektren zusammen, um ein deutliches Zeichen gegen Nazis in Minden und anderswo zu setzen. Es fanden insgesamt eine Gegenkundgebung und zwei antifaschistische Spontandemos in Minden sowie eine weitere Spontandemo in Lindhorst statt. Auch die eilig angemeldete Nazikundgebung direkt vor der schützenden Polizei in Minden konnte nicht mehr über diese herbe Niederlage hinwegtäuschen.

Kontakt:

Winfried Lange
DGB Region Ostwestfalen/Bielefeld
Marktstr. 10
33602 Bielefeld

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Tabellarische Auflistung:

Bei jeder dieser aufgelisteten Demonstrationen rechtsextremer Gruppierungen oder Parteien führte der DGB oder die DGB-Jugend eine Gegendemonstration durch und/oder rief zumindest die Bevölkerung dazu auf.

14.01.2006 München
14.01.2006 Plauen
28.01.2006 Dortmund
28.01.2006 Lüneburg
29.01.2006 Bad Nenndorf/Rosswein
04.02.2006 Weinsberg
18.02.2006 Münster
15.03.2006 Köln
25.03.2006 Stade
01.04.2006 Lübeck
08.04.2006 Mannheim
01.05.2006 Rostock
01.05.2006 Heppenheim/Ladenburg
13.05.2006 Göttingen
13.05.2006 Koblenz
10.06.2006 Gelsenkirchen
13.06.2006 Halbe
29.06.2006 Heinersdorf
15.07.2006 Friedrichshafen
19.08.2006 Berlin
16.09.2006 Bielefeld/ Minden/Gütersloh
16.09.2006 Hof
27.09.2006 Regensburg
03.10.2006 Kelkheim/Königstein
03.10.2006 Leipzig
07.10.2006 Nordhausen
07.10.2006 Laupheim
14.10.2006 Hamburg
29.10.2006 Göttingen
04.11.2006 Bremen-Gröpelingen
11.11.2006 Berlin
18.11.2006 Halbe (bzw. Seelow)
25.11.2006 Minden

Beteiligung an Bündnissen und Netzwerken

Der DGB engagiert sich in vielen Bündnissen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Die meisten davon konstituieren sich anlässlich von Nazi-Aufmärschen in der Region und sind anschließend nicht mehr aktiv. Im Folgenden sollen daher hauptsächlich Bündnisse und Netzwerke aufgelistet werden, die längeren Bestand haben und/oder über die Planung und Durchführung einer Gegendemonstration hinaus Aktivitäten entwickeln.

„Werdenfelser Aktionsbündnis gegen Gewalt in der Politik“

Ein breites Bündnis von Gewerkschaften, SPD, Kreisjugendring, Friedensinitiative und Schülergruppen aus dem Kulturbereich Westtorhalle und Privatleuten haben in Murnau das „Werdenfelser Aktionsbündnis gegen Gewalt in der Politik“ gegründet. Mit diesem Aktionsbündnis wollen sie ein Zeichen setzen und den Menschen in der Region Mut machen um aufzustehen und zu zeigen, dass sie gegen diese Art von Politik der NPD sind. Sie werden, so Manfred Neupfleger als Mitorganisator, einen ganzseitigen Appell in der Heimatzeitung veröffentlichen. Hier werden sich ca. 100 Persönlichkeiten aus Politik, Verbänden, Organisationen und Privatpersonen mit ihrer Unterschrift zu unserer Demokratie bekennen. Zitat von Robert Schwarzensteiner vom Kreisjugendring: „Die Welt ist nicht braun, sondern bunt“

Weitere Informationen:

<http://www.werdenfelser-buendnis.de/>

„Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus“, Bezirk Brandenburg

Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat sich 1997 mit dem einen gemeinsamen Ziel gegründet: Die Mobilisierung der Gesellschaft gegen fremdenfeindliche Einstellungen und Gewalt.

Sie nehmen die Ausbreitung von Haltungen und Handlungen, die eine Verachtung anderer Menschen wegen ihres Aussehens oder ihrer Herkunft ausdrücken, nicht hin und setzen ein breites Bündnis dagegen. Politische Gegenstrategien reichen anscheinend nicht aus. Aus der Gesellschaft heraus muss deutlich sein, dass es keine Neutralität gibt, wenn die Menschenwürde in Zweifel gezogen wird. Deshalb hat sich das Aktionsbündnis als ein gesellschaftliches Bündnis landesweit tätiger Verbände und Organisationen mit unterschiedlichen weltanschaulichen Ansätzen, gesellschaftlichen Konzepten und Verbandszielen zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die Ausbreitung von Fremdenfeindlichkeit zu wirken. Sie wollen die Mitglieder in ihrer Mitgliedsorganisationen motivieren, die Ziele des Aktionsbündnisses in deren Vereinigungen und Initiativen umsetzen und sich mit diesem Tun als Teil eines gesellschaftlichen Zusammenschlusses verstehen, der weit über die jeweiligen Einzelorganisationen hinaus geht. Der Grundkonsens des Aktionsbündnisses basiert auf zwei Fundamenten: Menschenwürde und Demokratie. (Heinz-Joachim Lohmann, Vorsitzender des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit)

Weitere Informationen:

<http://www.aktionsbuendnis.brandenburg.de.>

„Aktionsbündnis Halbe“

In der Region um Halbe, 40 Kilometer südöstlich von Berlin, fanden bei dem Kämpfen im April 1945 vermutlich 60 000 Menschen den Tod. Die kleine brandenburgische Stadt beherbergt eine der größten deutschen Kriegsgräberstätten, wo über 23.000 Opfer der letzten Kriegstage – deutsche Soldaten, Flüchtlinge, Zivilisten - begraben liegen. Immer wieder versuchen neonazistische Gruppierungen dieses Gedenken für einen Aufmarsch an den Kriegsgräbern und für die Verbreitung ihres rechtsradikalen, fremdenfeindlichen und geschichtsverfälschenden Gedankenguts zu benutzen. Aus diesem Grund würde dieses Aktionsbündnis gegründet.

Weitere Informationen:

<http://www.aktionsbuendnis-halbe.de/>

Aktionsbündnis „Cottbusser Aufbruch“

Das Aktionsbündnis setzt sich zum Ziel, intolerantes Verhalten und Gewalt sowie deren Ursachen zu bekämpfen. Der Schwerpunkt soll dabei nicht auf kurzfristig wirksamen Aktionen liegen, sondern auf Maßnahmen, die in den Prozess der Entstehung von Gewalt und Intoleranz möglichst nachhaltig eingreifen. Prävention in diesem weiter gefassten Sinne zielt nicht nur auf Verhaltensänderung bei gewaltgeneigten oder Ausländern ablehnend gegenüberstehenden Gruppen oder Individuen, sondern vor allem auf eine Stärkung toleranter Umgangsformen miteinander und mit Fremden in Cottbus.

Weitere Informationen:

<http://www.cottbuseraufbruch.de/>

Bremer Aktionsbündnis „Keinen Meter!“

Das Bremer Aktionsbündnis „Keinen Meter!“ beschäftigt sich vor allem mit der Problematik der Naziaufmärsche in Bremen. Sie versucht Gegenaktionen zu organisieren und die Bevölkerung zu informieren und zu animieren, dieser Problematik entgegenzuwirken.

Weitere Informationen:

<http://www.keinen-meter.de/>

Dessauer Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus

Um effektiver gegen rassistische und neofaschistische Tendenzen und Strukturen vorgehen zu können, wurde seit Anfang der 90er Jahre punktuelle Bündnisarbeit in Dessau praktiziert. Da es aber an Kontinuität mangelte und unter dem Eindruck der rassistischen Wahlpropaganda von DVU und REP, riefen Leute aus PDS, Grünen, der Antifa u. a. für den 8. Mai zu einem Vorbereitungstreffen zur Gründung eines Dessauer Bündnisses gegen Rechts in großem Kreis im Dessauer Landhaus auf. Vorausgegangen war die Diskussion eines Thesenpapiers Was macht eigentlich der antifaschistische Grundkonsens? von Olaf Wendel im März. Zu dem Treffen kamen ca. 50 Personen aus Gewerkschaften, Kirchen, SPD, PDS, B'90/Grünen, FDP, verschiedenen Vereinen und linken Gruppen sowie Einzelpersonen. Dieses erste Treffen war zwar von gegenseitigen Vorbehalten geprägt, hatte aber zum Ergebnis, dass sich darauf geeinigt wurde, am 11. Juni '98 im Ratssaal mit der Verabschiedung eines Aufrufes, allen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

gemeinsam, differenziert mit jeweils spezifischen Mitteln, entgegenzutreten, das Dessauer Bündnis gegen Rechtsextremismus (BgR) zu gründen.

Dieser Aufruf wurde in den folgenden Wochen von weit über 1.000 Menschen und Organisationen unterschrieben. Von den großen Parteien hat sich nur die CDU mit dem Hinweis auf linken Extremismus und die ihrer Meinung nach Nichtnotwendigkeit einer solchen Organisationsform geweigert, im BgR mitzuarbeiten. Seither trifft sich das BgR all monatlich. Es wird über verschiedene Aspekte und Formen von Rassismus, Neofaschismus usw. diskutiert. Aus der Diskussion heraus haben sich - vor Allem nach dem Mord an Alberto Adriano - eine Reihe von Projekten entwickelt, und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gruppen und Einzelpersonen funktioniert mittlerweile im Vergleich zu ähnlichen Bündnissen anderswo recht gut. Dabei ist klar, dass es nach wie vor einige Meinungsverschiedenheiten über Aktionsformen oder Grenzen der Toleranz gibt, wobei für alle klar ist, dass Toleranz da aufhören muss, wo sie Intoleranz zulässt.

Beispiel hierfür sind Diskussionen über die Grenzen der Zivilcourage. Zu den Projekten gehört z. B. die Aktion Noteingang, die seit Januar '01 durchgeführt wird. Dabei geht es darum, rassistische Übergriffe im Alltag zu thematisieren, um sie aus der Tabuzone zu holen. Manifestiert wird die Bereitschaft in solchen Fällen einzugreifen, durch das Anbringen eines Aufklebers z. B. im Schaufenster eines Geschäfts oder an der Eingangstür einer Behörde. Damit soll potentiellen Opfern gezeigt werden, dass ihnen dort geholfen werden würde.

Zu den Veranstaltungen, die das BgR organisiert hat, gehören Vorträge und Diskussionsrunden beispielsweise mit den jeweiligen KandidatInnen bei Wahlen. Am Tag des Todes von Adriano, dem 14. Juni '00, wurde in einer von der Antifa und dem Multikulturellen Zentrum einberufenen Sondersitzung des BgR mit ca. 80 Leuten über Konsequenzen aus dem Mord beraten. Zwei Tage später fand ein Trauermarsch mit 4 bis 5 tausend TeilnehmerInnen aus Dessau und Umgebung und anschließend eine Antifa-Demo mit gut 1.000 Leuten statt. In den Folgemonaten entstanden einige neue Gruppen, die sich um spezielle Probleme, wie z. B. Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen, kümmern. Der Kreis derjenigen, die zum Thema Rechtsextremismus ein Problembewusstsein haben und sich entsprechend positionieren, hat sich seitdem vergrößert, auch wenn es bei der Zusammenarbeit teilweise immer noch hapert. Erschreckenderweise ist der Alltagsrassismus in der Stadt aber mind. so hoch wie vor dem Mord, ja seitdem treten Nazis sogar offener auf, was für einen großen Rückhalt in der Bevölkerung spricht. Seit 2002 existieren in Köthen und Bitterfeld ähnliche Bündnisse.

Weitere Informationen:

Dessauer Bündnis gegen Rechtsextremismus
c/o Koordinierungsbüro
Walderseestr. 02
06844 Dessau

Osnabrücker Aktionsbündnis "Ich misch mich ein ... und DU"

"Ich misch mich ein ... und DU" ist ein unabhängiges, überparteiliches, interkonfessionelles, multikulturelles und ehrenamtliches Bündnis. Das Bündnis arbeitet mit in der beratenden Kommission des Niedersächsischen-Landtages zum Thema "Rechtsextremistische Tendenzen", weiterhin stand das Bündnis "Pate" bei dem NRW - Projekt "wider dem Vergessen" und unterstützt auf bitten des Brandenburgischen Ministeriums für Familien, Frauen und Jugend, die Aufbauarbeit des dortigen Netzwerkes.

Weitere Informationen:

Walter Schmidt
Neue Str. 10
49191 Belm

Wunsiedler Bündnis „Bunt statt Braun“

Das Wunsiedler Bündnis wurde am 12. Dezember 2005 im evangelischen Bildungszentrum Bad Alexandersbad (Heimvolkshochschule) zur Bündelung der Aktivitäten der Stadt Wunsiedel, der Kirchen, der Jugendinitiative, der Initiative aus Tröstau, unserer Bürgerinitiative und weiterer Akteure ins Leben gerufen. Es richtet sich vor allem gegen Rechtsextreme Aktionen in der Region. Es werden Aktionen geplant und durchgeführt.

Weitere Informationen:

www.tag-der-demokratie.de

„Forum gegen Rechtsextremismus“, Göttingen

Das Göttingern "Forum gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit" hat sich aus den vielen Mobilisierungen gegen angekündigte Demonstrationen der NPD entwickelt (seit 1999 sechs bis sieben mehr oder weniger erfolgreiche Versuche). Das Forum trifft sich regelmäßig einmal im Monat (normalerweise jeden 2.Montag um 18:30 Uhr im DGB-Haus). Bei Bedarf natürlich deutlich häufiger.

Außer auf Naziaktivitäten zu reagieren, hat das Forum auch schon einige Veranstaltungen durchgeführt. U.a. zum Thema Flüchtlinge und Abschiebungen, zur Verschärfung der Inneren Sicherheit etc. Das Forum ist ein loses Netzwerk von VertreterInnen einzelner Gruppen bzw. Organisationen und von Einzelpersonen. Mitmachen kann jede/r. Einladungen gibt es nur per E-Mail - wer sich beim DGB meldet, wird auf die Liste genommen.

Weitere Informationen:

www.suedniedersachsegegenrechts.de

Bündnis „Hof ist bunt“

Das Bündnis „Hof ist bunt“ wurde gegründet um Gegenaktionen zu der verbreitenden Rechtsbewegung in Hof und Umgebung zu veranstalten. Am 16.Oktober 2006 führte dieses Bündnis ein Aktion mit dem Titel „Fest der Kulturen“ durch und setzte ein Zeichen gegen Rechtsextremismus.

Weitere Informationen:

<http://www.hof-ist-bunt.de/>

Bündnis „Delmenhorst sagt nein“

Das Bündnis „Delmenhorst sagt nein“, Das Forum gegen rechts unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes, führt Aktionen gegen Rechtsextremismus in Delmenhorst und Umgebung durch. Dabei beschäftigen sie sich allerdings auch mit Aktionen in Betrieben und anderen Strukturen.

Weitere Informationen:

<http://www.delmenhorst-sagt-nein.de/>

Bündnis „AB Gemeinsam gegen Rechts“, Altenburger Land

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Gegründet hat sich das Bündnis im Hinblick auf die zunehmenden rechtsextremen Aktivitäten im Landkreis Altenburger Land Anfang des Jahres 2005 als Institutionenbündnis, an dem u.a. der Landkreis Altenburger Land, die Stadt Altenburg, politische Parteien und Jugendorganisationen, Kirchen- sowie Gewerkschaftsvertreter beteiligt waren. Besonders eingepreßt hat sich bisher eine Aktion anlässlich der geplanten Nazi-Kundgebung zum Heiß-Todestag am 17. August 2005. Beim Versammlungsplatz der Rechten hatten Bündnismitglieder in den frühen Morgenstunden einen Misthaufen abgeladen und mit dem Transparent „Weg mit dem braunen Mist“ bestückt. Dieser Spruch ist zum Leitmotiv für das Bündnis geworden. Mit den Bündnisaktionen sollen Kundgebungen von (noch) als demokratisch eingestuften Parteien oder Gruppierungen des rechtsextremen Lagers nicht verhindert werden. Wichtiges Anliegen der Bündnismitglieder ist der Grundsatz „Auch Rechte haben Rechte“. Vielmehr geht es darum, ein Zeichen für die Bevölkerung zu setzen. Aber auch die Rechtsextremen selbst sind Adressat unserer Aktionen. Ihr inhumanes Gedankengut ist in Altenburg unerwünscht.

Weitere Informationen:

<http://projekte.free.de/abgemeinsam-gegen-rechts/index.php?inhalt=wir>

Aachenener Bündnis gegen Rechts

Das Aachener Bündnis gegen Rechts ist ein Bündnis quer durch alle Bevölkerungsschichten. Es wird von demokratischen Organisationen, Institutionen und Zusammenschlüssen gebildet und getragen. Zielsetzung des Bündnisses ist die ständige Auseinandersetzung mit und der Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit im Alltag in Aachen und in der Region zum Schutz von Menschenwürde und Demokratie.

Es will in Aachen und in der Region mit dazu beitragen, dass ein Klima geschaffen wird, in dem für Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung von Minderheiten, Hass und Gewalt kein Platz ist. Hass und Gewalt in jeglicher Form setzen sie ihrer solidarischen Kraft entgegen.

Weitere Informationen:

www.buendnis-gegen-rechts-ac.de/index.html

Bündnis gegen Rechts Braunschweig

Der DGB unterstützt das Bündnis gegen Rechts Braunschweig.

Weitere Informationen:

<http://www.bgr-bs.antifa.net/>

LAG Antira/Antifa, Bezirk Thüringen

Die Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus / Antifaschismus wurde 1991 gegründet. Es ist eine Kooperationseinrichtung von aktiven AntirassistInnen und AntifaschistInnen in Initiativen, Parteien und Gewerkschaften. Sie organisieren Aktivitäten, Veranstaltungen und einmal jährlich den antirassistischen/ antifaschistischen Ratschlag. JedeR Mensch, unabhängig seiner Herkunft und politischer Überzeugung, kann mitmachen. In der LAG wird nur der ausgeschlossen, der andere ausgrenzt.

Weitere Informationen:

<http://www.lag-antifa.de/>

Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus

Der Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus besteht aus den meisten Organisationen Dortmunds. Darunter natürlich der DGB, die Katholische und Evangelische Kirche, Wohlfahrtsverbände, die Fachhochschule, Journalistenverbände und Parteien (SPD, Bündnis 90/ Grünen).

Weitere Informationen:

Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus
c/o DGB Östliches Ruhrgebiet
Ostwall 17/21
44135 Dortmund

Köln stellt sich quer

Das Bündnis organisiert vor allem Aktivitäten gegen neonazistische Demonstrationen. Darüber hinaus werden jedoch auch Veranstaltungen organisiert. Geplant ist ebenfalls eine Broschüre zur Information der Bevölkerung über rechtsextreme Tendenzen in Köln. Schon seit Jahren hetzt die extrem rechte Gruppierung „Pro Köln“, die seit der letzten Kommunalwahl in Fraktionsstärke im Kölner Rat sitzt, gegen Moscheen und gegen MigrantInnen. So wird der DGB, zusammen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren, weiter zu diesem Thema arbeiten.

Weitere Informationen:

DGB Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg
Markus Nöthen
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

ENAR – European Network against Racism

Das European Network against Racism (Europäisches Netzwerk gegen Rassismus, ENAR) besteht seit 1997 und setzt sich aus 20 verschiedene nationale Netzwerke aus den EU-Mitgliedsstaaten zusammen. In Deutschland ist es das Netzwerk gegen Rassismus (NGR), in dem der DGB Mitglied eine koordinierende Rolle einnimmt.

Weitere Informationen:

www.enar-eu.org

NGR – Netzwerk gegen Rassismus

Das Netz, gegründet Anfang 1998, ist ein lockerer Zusammenschluss von knapp hundert überregional, in der Antirassismus- und Migrationsarbeit tätigen Organisationen, Verbänden und Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Organisationen haben sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam gegen Rassismus und Ausgrenzung sowie für gleiche Chancen und Rechte für alle Gruppen der Bevölkerung einzutreten. Dieses soll durch einen Erfahrungsaustausch, durch gegenseitige Unterstützung und durch eine möglichst

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

gemeinsame Einflussnahme auf nationale und europäische Entscheidungen umgesetzt werden. Das Netz ist Mitglied im "European Network against Racism"(ENAR).

Weitere Informationen:

http://www.proasyl.de/texte/netz-antirass.htm#_Toc485800660

Bündnis für Demokratie und Toleranz

Der DGB ist ebenfalls im Bündnis für Demokratie vertreten, das u.a. den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ und zusammen mit anderen den Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb ausruft sowie den „Tag der Demokratie“ ausrichtet.

Weitere Informationen:

www.buendnis-toleranz.de

Interkultureller Rat

Seit seiner Gründung im Jahre 1994 bemüht sich der Interkulturelle Rat in Deutschland u.a. darum, während der Internationalen Woche gegen Rassismus im März bundesweit entsprechende Aktivitäten zu initiieren und zu unterstützen. Der DGB ist wichtiger Kooperationspartner des Interkulturellen Rats

Weitere Informationen:

www.interkultureller-rat.de

IDA – Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit unterstützt MultiplikatorInnen in der pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus u.a. durch zahlreiche Veranstaltungen, Projekte und Veröffentlichungen. Mitglied sind die Jugendverbände, darunter das DGB Bildungswerk Abt. Jugend

Weitere Informationen:

www.idaev.org

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Nicht nur dann, wenn sich Politiker/innen, Funktionäre und Medien mit rechtspopulistischer Rhetorik hervortun, ist es wichtig, dass Gewerkschafter/innen sich zu Wort melden. Auch darüber hinaus kann den Gewerkschaften mittel gezielter Medienarbeit die Rolle eines Impulsgebers zukommen.

Mediale Öffentlichkeit erlangte der DGB zu diesem Thema besonders im Zusammenhang mit Aufmärschen von Neonazis. Über eine Internetrecherche war es nicht möglich, alle entsprechenden Presseartikel in 2006 zu erfassen und zu dokumentieren. Ähnliches gilt für Beiträge auf den DGB-Internetseiten. Gewerkschaftliche Mitgliederzeitungen sind nicht erwähnt; ergänzungsbedürftig bleiben ebenfalls die vielen Flugblätter, Broschüren und ähnliche Erzeugnisse. Die folgenden Beispiele gelten daher als exemplarisch für unterschiedliche Formen der Öffentlichkeits- und Medienarbeit des DGB. Dort, wo möglich, wurden Datum und Quelle angegeben.

Plakatkampagne gegen Alltagsrassismus

Die Plakat-Kampagne soll Potsdamerinnen und Potsdamer motivieren, gegen Alltagsrassismus aktiv zu werden. Unterstützt wird die Aktion u.a. von Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs; Detlef Baer, DGB Regionsvorsitzender; Martin Weis, Vize-Chef ViP und Jörg Barthel, Polizeioberrat. Die Plakate werden in allen Bussen und Bahnen des Potsdamer Verkehrsbetriebs (ViP) aufgehängt.

Kontakt:

DGB Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1-3
10787 Berlin
<http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/>

Plakat „Keine Stadt für Nazis!“

Aufgrund mehrerer Naziaufmärsche in der Duisburger Innenstadt entwickelte sich die Kampagne „Keine Stadt für Nazis!“ Mit Plakatierungen in der Innenstadt und großen Gegendemonstrationen setzen sie ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Das Plakat ist immer noch im Einsatz und steht als Download zur Verfügung unter: http://www.gelbehand.de/data/plakat_2.pdf

Kontakt:

DGB Region Niederrhein
Çiğdem Gülen
Jugendbildungsreferentin
Stapeltor 17-19
47051 Duisburg
<http://www.dgb-jugend-niederrhein.de/>

Aufforderung der Lokalpolitik

zum Verbot von Naziaufmarsch und Bekanntmachung des Problems (großes Presseinteresse und Resonanz) mit Folge eines Verbotes von Naziaufmärschen im Kreis (22.06.06).

Kontakt:

DGB-Region Starkenburg
Horst Raupp

Rheinstr. 50
64283 Darmstadt

Offener Brief zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Die DGB-Jugend beobachtet mit Besorgnis die seit Jahren ansteigenden Aktivitäten der Neonazis in Hessen. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sind begrüßenswert, aber dringend ergänzungsbedürftig. In einem offenen Brief fordern sie deshalb alle demokratischen Parteien auf, sich dem Rechtsextremismus gemeinsam durch eine Reihe von Maßnahmen in den Weg zu stellen.

Kontakt:

DGB-Jugend Hessen-Thüringen
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt

Broschüre: Rechtsweg ausgeschlossen

Am 17. September 2006 wurde in Mecklenburg-Vorpommern ein neues Landesparlament gewählt. Leider ist es nicht gelungen, den Einzug der rechtsextremen Partei NPD in den Landtag zu verhindern. Unheimlich viele Menschen haben sich gemeinsam gegen Rechts stark gemacht und engagiert. Und sie tun es weiter. Wie bisher müssen nazistische Parteien und Vorfeldorganisationen radikal enttarnt werden. Aufklärung und politische Bildung sind unverzichtbar.

"Rechtsweg ausgeschlossen" hilft. Mit Tipps, Konzepten, Links und Ansprechpartnern gegen Rechts. Hier findet man Hintergrundinfos zum downloaden, aktuelle Presseinformationen, Veranstaltungen, Aktionen und Termine.

Kontakt:

DGB Jugend Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
<http://www.nord.dgb.de/>
<http://www.rechtsweg-ausgeschlossen.de/>

Flyer: Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern

DGB rief dazu auf, keine fremdenfeindlichen und antidemokratischen Parteien zu wählen. Mit einem Flyer, der in einer Auflage von mehreren Zehntausend Exemplaren vor den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September verteilt wurde, wollte der DGB auf seine Erwartungen an die künftige Landesregierung im Land aufmerksam machen. Darin geht es um die Themen Rechtsextremismus, Steuerpolitik, anständige Löhne, Arbeitsmarktpolitik, Bildung, Frauen- und Gleichstellungspolitik und das Thema Öffentlicher Dienst.

Kontakt

DGB Nord
Heiko Gröpler
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
<http://www.nord.dgb.de/>

Info-Stand gegen Rechts

Mit einem Info-Stand am Samstag, 11.11.2006 von 10.00 bis 13.00 Uhr machte der DGB, Region NRW Süd-West, gemeinsam mit dem Bündnis gegen Rechts in der Aachener Region und Dürener Organisationen am Wirteltorplatz in Düren auf die verstärkten Aktivitäten der NPD Düren aufmerksam. Die Initiatoren riefen alle Bürgerinnen und Bürger aus Düren und Umgebung auf: setzen Sie ein Zeichen gegen Rechts und kommen Sie zum Info-Stand am Wirteltorplatz.

"Düren hat keinen Platz für alte und neue Nazis", so lautete das Motto einer Erklärung im Hauptausschuss der Stadt Düren. Diesem Aufruf müssen auch Taten folgen. "Daher bitten wir um Mithilfe", so Karl Panitz, Gewerkschaftssekretär beim örtlichen DGB.

Kontakt:

DGB-Region NRW Süd-West
Dennewartstr. 17
52068 Aachen

Pressemitteilung: DGB Bezirke Baden-Württemberg, Hessen-Thüringen und West (Rheinland-Pfalz/Saarland) forderten entschiedenen Widerstand gegen neofaschistische Aktivitäten

Die Vorsitzenden der DGB-Bezirke Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, DGB West (Rheinland-Pfalz und Saarland), Dietmar Muscheid, und Baden-Württemberg, Rainer Bliesener, trafen sich am 18.04.06 anlässlich eines gemeinsamen Gesprächs in Frankfurt/Main riefen die Genehmigungs- und Landesbehörden dazu auf, entschiedener gegen rechtsextreme und neofaschistische Aktivitäten und Tendenzen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg vorzugehen. (18.04.06)

Kontakt:

Über die jeweiligen Bezirke

Kooperationsvereinbarung „Für Toleranz in Brandenburg“

Der DGB Berlin Brandenburg und seine Mitgliedsgewerkschaften haben mit der Landesregierung im Rahmen des Handlungskonzeptes 'Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie' ein Kooperationsabkommen geschlossen. In der Vereinbarung bekräftigen die Gewerkschaften ihren Einsatz für eine pluralistische Gesellschaft, für Toleranz und Weltoffenheit und gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt.

Die Gewerkschaften wollen die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle 'Tolerantes Brandenburg' insbesondere nutzen, um sich in Betrieben, Gebietskörperschaften und anderen Institutionen einzusetzen für den Abschluss von Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung und Rassismus. „Die Einzelgewerkschaften können über diese Rahmenvereinbarung hinaus mit der Koordinierungsstelle Zusatzvereinbarungen abschließen, die die Besonderheiten der jeweiligen Gewerkschaft berücksichtigen“, erklärt Dieter Pienkny, Pressesprecher des DGB Berlin-Brandenburg.

Er verweist darauf, dass gewerkschaftliches Engagement gegen Diskriminierung schon eine lange Tradition habe. Der DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, rief 1991 sein Bündnis gegen Rechts ins Leben, in dem Kirchen, Wohlfahrtsverbände und die beiden Landesregierungen mitwirken. Das Bündnis, das nun unter dem Namen Bündnis für Vernunft fungiert, verleiht seit 12 Jahren einen Preis für Zivilcourage und zeichnet engagierte Bürgerinnen und Bürger aus. In Unternehmen wie bei Eko-Stal in oder den Berliner Verkehrsbetriebe habe man mit dem Abschluss von Betriebsvereinbarungen gute Erfahrungen gemacht. In der

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Kooperationsvereinbarung wird betont: „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich gegenüber Betrieben, Gebietskörperschaften und anderen Institutionen in der Region weiterhin ein für den Abschluss von Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung und Rassismus.“ Dabei kann die Koordinierungsstelle unterstützend beraten. „Die Voraussetzungen sind geschaffen“, so Pienky. „Jetzt geht es darum, das Ganze durch Aktivitäten mit Leben zu füllen.“ Die Vereinbarung kann abgerufen werden unter: www.gelbehand.de/praxisbeispiele (Aktiv + Gleichberechtigt August 2006)

Kontakt:

DGB Berlin Brandenburg
Dieter Pienky
Keithstraße 1/3
10787 Berlin

Pädagogische Materialien: Bausteine zur nicht-rassistischen Jugendbildungsarbeit

Im Baustein findet man Vorschläge und Materialien für ein antirassistisches Mainstreaming. Das heißt dafür, schon in der Seminarplanung zu überlegen, wie Rassismus kritisch zum Thema gemacht werden kann und, wie man Seminare selbst auf "blinde Flecken" untersuchen kann. Zum Beispiel, solche, die dazu führen, dass man über Arbeitslosigkeit redet, aber nicht anspricht, dass Menschen mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Das Material will Hilfestellung dafür leisten, Rassismus nicht zu reproduzieren, sondern zu reflektieren und abzubauen. Dazu gehört auch, die eigenen Konzepte "gegen den Strich zu bürsten": Standortlogik, Leistungsdenken, die Norm des "männlichen deutschen Facharbeiters" — all das kommt mit dem Baustein auf den Prüfstand.

Die Bausteine sind zwar schon vor einigen Jahren erstellt worden, werden jedoch weiterhin als ein herausragendes Beispiel für Veröffentlichungen pädagogischer Materialien aus dem Bereich der Gewerkschaften wahrgenommen.

Weitere Informationen:

<http://baustein.dgb-bwt.de/>

Artikel: Anti-Nazi-Symbole verboten? DGB gegen Kriminalisierung

Eigentlich klingt es wie ein schlechter Scherz: Ein Student wird verurteilt, weil er auf seinem Rucksack einen Button mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz trägt. Ein eindeutiges und weit verbreitetes Anti-Nazi-Symbol.

Dennoch ist das Amtsgericht Tübingen der Auffassung, dass dies ein Verstoß gegen § 86a Strafgesetzbuch darstelle, der die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole verbietet. Ingo Drescher vom Tübinger Amtsgericht begründete in der Sendung „Monitor“ das Urteil damit, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, in Deutschland werde das Hakenkreuz überall auf Rucksäcken oder als Button getragen.

Sollte besagtes Urteil allgemeine Anwendung finden, wären viele, die sich gegen rechts engagieren, betroffen. Dies gilt auch für gewerkschaftliche Organisationen. Beispiel: Die Süd-West-Ausgabe der Broschüre „Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen“, die im Auftrag der DGB-Jugend in Saar, Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg entstand. Oder die Veröffentlichung der verdi-Jugend „Fuck Rassismus“, auf deren Titelseite ein durchgestrichenes Hakenkreuz mit dem Zusatz „Stop Nazi“ prangt.

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Und wären dann nicht auch viele Abbildungen in Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung, Veröffentlichung des Verfassungsschutzes oder Schulbücher, die Wissen über den Nationalsozialismus vermitteln sollen, strafrechtlich bedroht, fragen Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die mit einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung unter anderem wissen wollen, ob hier nicht eine gesetzliche Klarstellung angezeigt sein könnte.

Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs besagte bisher, dass das Vorzeigen solcher Symbole etwa auf Demonstrationen gegen Rechtsextremismus oder in vergleichbaren Fällen den Straftatbestand nicht erfülle. „Wir teilen die Meinung der Bundesregierung, dass Symbole, die eindeutig gegen den Nationalsozialismus und gegen Rechtsextremismus gerichtet sind, im öffentlichen Raum gezeigt werden können, ohne dafür belangt zu werden“, betont Volker Roßocha vom DGB-Bundesvorstand. „Der DGB hält es geradezu für notwendig, dass in Bildungsmaterialien über die Symbolik des Nationalsozialismus und der heutigen Organisationen, die sich positiv auf nazistische Ideologie beziehen, informiert wird.“ (Aktiv + Gleichberechtigt, Januar 2006)

DGB initiiert Aufruf unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure gegen Rechts

„Ich verstehe nicht, dass eine solche Versammlung nicht verboten wird“, empört sich Markus Nöthen, DGB-Jugendbildungsreferent in Köln. Anfang März 2006 hatten Neonazis unter dem Motto „Multikultur abschaffen“ zum Protest gegen den geplanten Bau einer Moschee aufgerufen. Aufmarschieren wollten sie am Bahnhof Ehrenfeld in Köln – ausgerechnet dort, wo im November 1944 Zwangsarbeiter und Edelweißpiraten, jugendliche Regimegegner aus dem Arbeitermilieu, von den Nazis brutal ermordet worden waren.

Dem wollte der Kölner DGB nicht tatenlos zusehen und organisierte im Rahmen des Bündnis „Köln stellt sich quer“ eine Mahnwache vor der Gedenktafel für die Hingerichteten. Dazu wurde ein Aufruf initiiert, für den Vertreter der unterschiedlichsten politischen Spektren, von der CDU, der SPD über die Gewerkschaften bis hin zur Linkspartei gewonnen wurden. „Wir rufen alle Kölnerinnen und Kölner auf, sich gemeinsam mit uns am zu versammeln, um die angekündigte Provokation zu verhindern“, heißt es darin. „Wir wollten in der Öffentlichkeit ein Zeichen setzen und zeigen: Migranten stehen nicht alleine da“, begründet Nöthen das Engagement.

Zu der Veranstaltung selbst kamen schließlich annähernd tausend Menschen. (vgl. dazu „Gegenaktivitäten“). Der Aufruf steht unter www.gelbehand.de/aufruf_koeln als Download zur Verfügung.

Kontakt:

DGB Köln
Markus Nöthen
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

CD „Aufmucken gegen Rechts“

Mitte des Jahres 2004 kündigten Naziorganisationen an, eine CD mit dem Titel "Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund" zu veröffentlichen. Diese CD sollte vor Schulen verteilt werden, um Jugendlichen rechte Propaganda auf musikalische Weise näher zu bringen und sie so langfristig an die rechte Szene und Organisationen zu binden.

Auch aus diesem Grund hat [solid] - die sozialistische Jugend in enger Kooperation mit den Gewerkschaftsjugendlichen, dem DGB und Stiftungen, die Initiative ergriffen, um mit "Aufmucken gegen Rechts - Beweg dich, damit sich was bewegt!" ein antifaschistische Offensive gegen rechte Jugendkultur zu starten. Mittelpunkt des Projektes ist eine CD mit

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Songs von namhaften KünstlerInnen. Ein weiterer Bestandteil sind Broschüren, Materialien, Infoveranstaltungen und Konzerte. Sie wollen über die Hintergründe der Neonazi-CD informieren, ihre menschenverachtenden Inhalte entlarven, ihre Kampagne vorstellen und praktische Tipps geben, was Mensch gegen die neonazistische Hetze tun kann.

Weitere Informationen:

<http://www.mucke-gegen-rechts.de/>

Sonstige Maßnahmen

Die Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus sind äußerst vielfältig. Davon zeugen die hier aufgeführten Projekte, die Wettbewerbe, Ausstellungen, Konzerte, Fußballturniere gegen Rechts und weitere Projekte umfassen.

17.3. – 7.04.2006: Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“, Dithmarschen

Mit der DGB-Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland" öffnete der Kreis Dithmarschen vom 17. März bis zum 7. April 2006 sein Foyer für ein gesellschaftskritisches Thema. Das Dithmarscher Kreishaus ist seit 32 Jahren Sitz der Kreisverwaltung, Ort der politischen Debatten und eine erste Adresse für Ausstellungen. Die Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland" bestand aus 29 Tafeln. Sie wurde von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der IG Metall konzipiert und bereits an mehreren Orten Norddeutschlands gezeigt. „Weil das Thema hochaktuell ist, haben wir die Ausstellung nach Heide geholt“, sagt DGB-Regionsvorsitzender Karsten Wessels: "Es geht uns darum, den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, wie durch Intoleranz, Rassismus und Fremdenhass die Würde des Menschen in Wort und Tat verletzt wird.“ Organisationen und Ideologien wurden von den Ausstellungsmachern hinterfragt und von Professor Dr. Uwe Danker, Institut für Zeit- und Regionalgeschichte, zur Ausstellungseröffnung am 17. März, 19 Uhr anschaulich interpretiert. Historiker Martin Gietzelt vom Verband Volkshochschulen im Kreis Dithmarschen führte die Gäste auf Wunsch durch das Thema. Die Wanderausstellung fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Forum Lebenswelt" von DGB, IGM und Arbeit und Leben statt. Ein weiterer Vortrag war von Rechtshistoriker Dr. Klaus Bästlein geplant. Er hat sich mit dem "Justizterror im Nationalsozialismus" beschäftigt und Urteile des schleswig-holsteinischen Sondergerichtes untersucht. Darunter sind auch Fälle aus Dithmarschen, zum Beispiel ein Todesurteil gegen den polnischen Zwangsarbeiter Bronislaw Duda.

Kontakt:

DGB-Region Unterelbe
Schulstraße 3
25335 Elmshorn
<http://www.dgb-unterelbe.de>

18.03. – 26.03.2006: Flagge zeigen, Paderborn

Die internationale Woche gegen Rassismus vom 18. bis zum 26. März 2006 nahm der DGB in der Region Paderborn-Lippe-Höxter zum Anlass, in der Öffentlichkeit ein deutliches Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Mit einem großen DGB-Antirassismuss-Transparent am Gewerkschaftshaus wurde Flagge für ein friedliches Miteinander der verschiedenen Nationalitäten, Kulturen und Religionen gezeigt.

„Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind leider immer noch Alltag. Wir wollten alle Paderborner Bürgerinnen und Bürger dazu ermuntern, sich Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt entgegenzustellen und gemeinsam für Demokratie und Zivilcourage zu kämpfen“, erklärt die DGB-Organisationssekretärin Nicole Wauters. „Die gleiche Würde aller Menschen ist die zentrale Grundlage menschlichen Zusammenlebens“, fügt die Regionsvorsitzende Astrid Bartols hinzu.

Bei der Aktion wird es jedoch nicht bleiben. So ist Nicole Wauters stellvertretend für die DGB Region Paderborn-Lippe-Höxter dabei einen Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus ins Leben zu rufen und will diesen mit dem Bezirk NRW verzahnen. „Wir werden uns auf jeden Fall weiter mit dem Thema beschäftigen“, betont Wauters.

Kontakt:

DGB Paderborn-Lippe-Höxter

Nicole Wauters
Bahnhofstr. 16
33102 Paderborn

21.03.2006: Aktionstag „Alle anders- alle gleich“, Osnabrück

Unter dem Motto für „Offenheit und Toleranz“ hat der DGB Osnabrück gemeinsam mit dem Stadtsporthandwerk und terre de hommes im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus 2006 eine öffentliche Aktion in der Osnabrücker Innenstadt durchgeführt.

„Besonders die Gewerkschaften setzen sich für eine Gesellschaft ein, die eine Vielzahl von Kulturen als gleichwertig anerkennt und akzeptiert“, so Michael Schmalenberg vom DGB Osnabrück-Emsland, der zusammen mit der Regionsvorsitzenden Petra Tismeyer die Veranstaltung organisiert hat. „Gerade im Sportbereich gibt es immer wieder rassistische Vorfälle, deswegen war es uns sehr wichtig Organisationen wie den Stadtsporthandwerk mit im Boot zu haben. Letzterer hat unter dem Slogan „Sport verbindet – Hass trennt“ nochmals in besonderer Weise auf das Thema hingewiesen“, erzählt Schmalenberg. Junge Menschen aus der Arbeitswelt sowie Sportlerinnen und Sportler aus den Vereinen, die sich bisher noch nicht mit Zivilcourage und Fremdenfeindlichkeit auseinandergesetzt haben, sollten durch ein facettenreiches Programm angesprochen werden.

Mit großen Würfeln, die mit Aussagen des DGB für Integration oder einer bunt behandschuhten Hand, dem Logo der Internationalen Woche, bemalt waren, wurde die öffentliche Aufmerksamkeit geweckt. Die Gewerkschaftsjugend setzte zusammen mit dem Hochschulinformationsbüro (HIB) des DGB auf kreative und kritische Weise mit dem Fragebogen aus Baden-Württemberg um die Verfassungstreue muslimischer Einbürgerungswilliger auseinander, eine Malaktion zum Thema „Offenheit und Toleranz“ sowie ein Seidentücher-Labyrinth von terre de hommes begeisterte vor allem die Jüngeren. Musikalische Unterhaltung gab es durch die Schülerband des Ratsgymnasiums Osnabrück.

„Natürlich haben wir auch Flugblätter verteilt um über unsere Positionen zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Integration zu informieren“, erzählt Schmalenberg. „Aber wir wollten das ganze noch etwas peppiger gestalten als einen bloßen Infostand in der Innenstadt aufzustellen. Außerdem wollten wir auch Jugendliche erreichen und denen sollte man schon ein bißchen etwas bieten.“

„Die Reaktionen fielen sehr positiv aus, auch die Presse hat gut darüber berichtet“, so Schmalenberg. „Deswegen wollen wir im nächsten Jahr noch einmal eine solche Aktion durchführen und noch weitere Gruppen mit einbeziehen.“

Kontakt:

DGB-Region Osnabrück-Emsland
Michael Schmalenberg
August-Bebel-Platz 1
49074 Osnabrück

21.03.2006: Gestaltungswettbewerb, Saarland

Die DGB-Jugend Saar weckte ein Gestaltungswettbewerb ins Leben, der Projekte gegen Rechtsextremismus und Rassismus beinhaltete. Der „Tag gegen den Rassismus“ am 21. März war Stichtag um Projekte vorzustellen.

Kontakt:

DGB-Jugend Saar
Fritz-Dobisch-Straße 5
66111 Saarbrücken
www.dgb-saar.de, www.kreativ-statt-primitiv.de

Weitere Veranstaltungen des DGB zur Internationalen Woche gegen Rassismus

vom 18.03.2006 – 26.03.2006 stehen auf der Homepage des Interkulturellen Rates zum Download bereit unter:

http://www.interkultureller-rat.de/Aktionen/21_Maerz/Veranstaltungskalender_Update.pdf

30.04.2006: RHYTHM AGAINST RACISM. Rockkonzert gegen Rechts am Vorabend zum 1. Mai 2006, Potsdam

Bereits zu einem festen Bestandteil der Potsdamer Musiklandschaft geworden, fand am 30. April ab 18.00 Uhr auf dem Luisenplatz das 6. RHYTHM AGAINST RACISM FESTIVAL das Open Air Konzert der DGB-Jugend statt.

Das diesjährige Festival fand statt mit:

- Ruffians
- Frau Neumann
- Fosbury Flop
- Klartext

Kontakt:

DGB Jugend Berlin-Brandenburg
Jugendbildungsreferent:
Daniel Wucherpfennig
Keithstraße 1-3
10787 Berlin
<http://jugend.berlin-brandenburg.dgb.de/>

30.04.2006: Rock gegen Rechts 2006, Oldenburg

Fast zum fünften Mal in Folge, fand das ROCK gegen RECHTS Open Air auf dem Rathausmarkt in Oldenburg statt. Der Anfang wurde im Jahr 2001 als Zeichen gegen Rechtsradikalismus, Faschismus und Rassismus gemacht. Seitdem organisierte die DGB-Jugend im alljährlichen Rhythmus, finanziell unterstützt durch die DGB- Gewerkschaften, am 30.04. das ROCK gegen RECHTS. Die DGB-Jugend Oldenburg versteht das ROCK gegen RECHTS nach wie vor, als ein klares und eindeutiges NEIN zu RECHTS.

Den Auftakt im niedersächsischen Jahr der Jugend 2006 machte die Oldenburger Rock-Popband Umoja Youth, die dort ihre neue CD „Elevator Superstar“ vorstellen werden.

Im Anschluss spielte die Oldenburg-Bremer Rockformation GOMD mit der charismatischen Sängerin Dorit Jakobs, die bereits auf zahlreichen Events in der Region das Publikum begeisterte. Richtig abgerockt wurde dann mit dem Oldenburger Urgestein der Punkrock-Szene The Peers.

Kontakt:

DGB Jugend
Region Oldenburg/Wilhelmshaven
Kaiserstrasse 4-6
26122 Oldenburg
Christine Löhmann

08.05.2006: Eröffnung der DGB-Jugend-Ausstellung «Rechte Jugendkulturen», Hamburg-Harburg

Nachdem das Harburger Bezirksamt es abgelehnt hatte, Räume für die Ausstellung «Rechte Jugendkulturen» zur Verfügung zu stellen, präsentiert die DGB Jugend sie vom 8. bis 12. Mai in der St. Johannis Kirche in Harburg. Die Exposition ist ein Programmpunkt im Rahmen der Veranstaltungswoche rund um den Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai.

Kontakt:

DGB Jugend Hamburg
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
<http://www.nord.dgb.de/>

20.05.2006: Konzert und Ausstellung gegen Rechtsextremismus, Bremen

Am 20. Mai 2006 veranstaltete die DGB-Jugend Bremen ein Konzert gegen Rechtsextremismus und eine dazugehörige Ausstellung. Bundesweite Bands wurden dazu eingeladen, wie zum Beispiel die Bands „Salam“, „Band ohne Anspruch“ und „JINX“. Es war vor allem ein Konzert für SchülerInnen.

Kontakt:

DGB Jugend Bremen
Sabine Herold
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

01.06.2006: Preisverleihung im Rahmen des Wettbewerbs „Band für Mut und Verständigung“, Potsdam

Bereits 1991, als Reaktion auf die pogromartigen Angriffe von Neonazis auf Migranten in Hoyerswerda, initiierte der DGB Berlin-Brandenburg das „Bündnis der Vernunft, gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“. Neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund sind darin u.a. kirchliche Verbände, der Flüchtlingsrat, der Ministerpräsident von Brandenburg, der Berliner Oberbürgermeister, Ausländerbeauftragte, die jüdische Gemeinde und andere gesellschaftliche Kräfte vertreten. „Einmal im Jahr verleiht das Bündnis das „Band für Mut und Verständigung“, mit dem Personen oder Organisationen ausgezeichnet werden, die im Alltag Zivilcourage gezeigt haben sich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt und für die Verständigung von verschiedenen Kulturen engagieren“, erzählt Ildikó Pallmann, die beim DGB Berlin-Brandenburg im Bereich Migrationspolitik für das Bündnis der Vernunft arbeitet.

„Wir haben eine Postkarte entworfen, mit der dazu aufgerufen wurde, Personen vorzuschlagen, deren Einsatz für Migranten und gegen Rechts ausgezeichnet werden sollte“, berichtet Pallmann. „Die Auswahl ist uns dieses Jahr sehr schwer gefallen. Wir uns in diesem Jahr dazu entschieden, neben den drei Haupt- auch drei Sonderpreise zu verleihen, mit dem besonders das Engagement junger Menschen gewürdigt werden soll.“

Ausgezeichnet wurde der Verein „Jugend engagiert in Potsdam (JeP e.V.)“, der Opfer rechter Gewalt motiviert, Anzeige zu erstatten, sie zu Prozessen begleitet und die Übergriffe in Potsdam und Umgebung dokumentiert. Weiterer Preise gingen an den international zusammen gesetzten Ludwigsfelder Frauenstammtisch e.V., der sich seit langem für die Verständigung verschiedener Kulturen in Ludwigsfelde einsetzt sowie Hatun Inçe. Die alevitische Kurdin unterstützt ehrenamtlich andere Migranten unterstützt, sich in ihrer neuen Heimat zurechtzufinden und andererseits mit Schüler und Schülerinnen Projekte zum Thema Flucht und Asyl durchführt.

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

In einem festlichen Rahmen wurden alle Preisträger auf der Preisverleihung Anfang Juni in der Staatskanzlei Potsdam mit Spots vorgestellt, die von der Filmschule Potsdam produziert wurden. Ildikó Pallmann zeigt sich sehr zufrieden: „Wir versuchen mit dem Band für Mut und Verständigung diejenigen, die gegen Rassismus aktiv sind, in ihrem alltäglichen Engagement bestätigen und sie zu motivieren, weiter zu machen. Die aktuellen Ereignisse in Potsdam und Brandenburg zeigen, dass das notwendig ist.“

Kontakt:

DGB Berlin-Brandenburg
Ildiko Pallmann
Keithstraße 1/3
10787 Berlin

16.06. 2006 Konzertabend, Schwedt

Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus - Schwedt trat am in die Öffentlichkeit und sein Anliegen und seine Arbeit darstellen.

Kontakt:

DGB-Region Ostbrandenburg
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt(Oder)

29.06.2006: Grillen gegen Rechts, Hildesheim

Die Brigade Hildesheim (= DGB Jugend Hildesheim) lud am 29.Juni 2006, zum Grillen Gegen Rechts im Ehrlicher Park.

Die Ziele der Aktion waren folgende:

1. Auf die Brigade und deren Arbeit aufmerksam machen und ggf. neue Mitglieder gewinnen
2. Sich austauschen über das eine oder andere politische Thema – zur Vertiefung und Anregung wurde eine Bücher(D)ecke aufgebaut.
3. Gemeinsam Spaß haben.
4. Und, nicht zuletzt, ein Zeichen setzen gegen Rechts, rechte Gedanken von Fremdenfeindlichkeit bis Sexismus.

Kontakt:

DGB Jugend Hildesheim
Osterstraße 39
31134 Hildesheim

30.06 – 02.07.06: Antirassistisches Fußballturnier, Frankfurt, Rödelheim

Vom 30.6.-02.07.06 fand in Rödelheim ein Antirassistisches Fussballturnier statt. Der DGB war Mitorganisator.

Kontakt:

DGB-Jugendbüro für Frankfurt
Olaf Gruß
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77
60329 Frankfurt am Main

12.07.-16.07.2006: Teilnahme an der Mondiali Antirazzisti im Juli 2006 mit 25 TeilnehmerInnen in Montecchio/Italien

Die DGB-Jugend hat mit 25 Teilnehmern an der Mondiali Antirazzisti im Juli 2006 teilgenommen. Diese fand in Montecchio/Italien statt:

Die Antirassistische Fußball-Weltmeisterschaft fand 2006 zum zehnten Mal statt. Im Parco Enza in Montecchio Emilia (Italien) trafen sich die TeilnehmerInnen von Mittwoch, dem 12. Juli bis Sonntag, dem 16. Juli. Am Kleinfeldturnier der „Mondiali Antirazzisti“ konnten insgesamt 192 Frauen-, Männer- und Mix-Teams teilnehmen. Um eine größtmögliche internationale Präsenz zu gewährleisten und um zu verhindern, dass Teams aus einigen Ländern, insbesondere aus Italien und aus der BRD, überproportional vertreten sind, wurden bei der Einschreibung Mix-Teams und Teams aus Osteuropa bevorzugt. Im Turnier wurde ausschließlich mit Fair-Trade Fußbällen gespielt. Sie wurden nach den Kriterien des fairen Handels und ohne die Mitwirkung von Kindern produziert.

Die „Mondiali Antirazzisti“ sind kein kommerzielles Festival. Die Teilnahme am Turnier, die Konzerte, die Kino- und Theatervorstellungen sind kostenlos, die Nutzung des Zeltplatzes und der Sanitären Einrichtungen ist ebenfalls kostenlos. An jedem Abend fanden in der Arena Konzerte statt. Am Freitag abend zogen die TeilnehmerInnen traditionell mit Straßenkünstlern vom Parco Enza auf den Rathausplatz von Montecchio.

Kontakt:

Holger Kindler
DGB-Jugendbüro Nordhessen
Spohrstraße 6-8
34117 Kassel

29.07.2006: „Jugend rockt für Toleranz“, Gallentin

11 Bands auf 2 Bühnen: Wie im letzten Jahr, findet das OPEN AIR auch dieses Jahr wieder in Gallentin statt. Gallentin liegt zwischen Wismar und Schwerin. Mittlerweile entwickelt sich "Jugend rockt für Toleranz" zu einem alljährlichen Festival. Die Veranstaltung ist in 2002 von Jugendlichen und Musikern im Rahmen des Kinder- und Jugendpreises Bunt statt Braun (www.bunt-statt-braun.de) entstanden.

Kontakt:

DGB-Region Rostock/Mittleres Mecklenburg
August-Bebel-Straße 89
18055 Rostock

DGB Jugend Nord
Besenbinderhof
20097 Hamburg

60

Sommer 2006: Kampagne „Rechtsweg ausgeschlossen“, Mecklenburg-Vorpommern

Junge Wähler aufgepasst! Am 17. September wird in Mecklenburg-Vorpommern ein neuer Landtag gewählt. Und ihr solltet dabei sein! Denn nur wer wählen geht, kann auch mitbestimmen. Zum Beispiel darüber, wer künftig in unserem Land politische Arbeit leistet und eure Interessen vertritt - egal, ob es um Ausbildung, Jugendarbeit oder Sportförderung geht.

Demokratie heißt außerdem, genau hinzuhören und hinzusehen. Denn Rechtsextremisten werben mit Schlagworten und populistischen Parolen immer wieder auch um junge Wähler. Erteilt ihnen eine Absage! Zeigt, dass für Engstirnigkeit in eurem Leben kein Platz ist! Macht

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

euer Kreuz bei den demokratischen Parteien und seid dabei, wenn es heißt: Rechtsweg ausgeschlossen.

Kontakt:

DGB Jugend Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Sommer 2006: Ausstellung „Tatort Stadion“, Nordrhein-Westfalen

Die DGB-Jugend NRW ist dem Unterstützerkreis der Wanderausstellung „Tatort Stadion“ beigetreten. „Die vom „Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF)“ organisierte Ausstellung zeigt in beachtenswerter Form, dass sowohl offener als auch latent auftretender Rassismus in deutschen Fußballstadien nicht nur aus den Fankurven stammt. „Auch aus den Reihen der Aktiven und der Funktionäre sind Beispiele aufgeführt, die nicht als Ausrutscher abgetan werden können, so Ralf Woelk von der DGB-Jugend NRW. „Dass der DFB diese Teile der Ausstellung zum Anlass nimmt, die zugesagte finanzielle Unterstützung zurück zu ziehen und die Vereine vor Ort praktisch auffordert, es dem DFB gleich zu tun, ist glatte Zensur,“ so Ralf Woelk weiter. „Um als Austragungsorte für die Fußball-WM 2006 nicht vom DFB aus dem Rennen geworfen zu werden, sind auch die Städte als potenzielle Unterstützer unter Druck. Daher ist die Gewerkschaftsjugend gerne bereit, das Anliegen der Ausstellung zu unterstützen. Das Ziel der Ausstellung ist schließlich nicht, einzelne Personen vorzuführen. Vielmehr soll sie für die Themen Rassismus und Gewalt im Sport, insbesondere in den Fußballstadien sensibilisieren.“ Die Unterstützung der Ausstellung ist Teil der DGB-Jugend-Kampagne „Rote Karte dem Rassismus“, in deren Rahmen seit dem vergangenen Jahr mehrere Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend durchgeführt wurden.

Kontakt:

DGB Jugend NRW
Antonia Kühn
Friedrich-Ebert-Straße 34 - 38
40210 Düsseldorf
<http://www.dgb-jugend-nrw.de/>

19.08.2006: Rock gegen Rechts, Fulda

Am 19.08.06 fand in Fulda in der Region Main-Kinzig-OF-Wetterau-FD ein Rockkonzert gegen Rechte Gewalt und Aktionen statt. Organisatorin war mit drei anderen Hauptverantwortlichen Anke Muth, die Jugendbildungsreferentin dieser Region.

Kontakt:

DGB-Jugendbüro Osthessen
Anke Muth
Jugendbildungsreferentin
Goethestr. 11
36043 Fulda

August – September 2006: Rückholaktion: Neonazis haben auf Schulhöfen nichts zu suchen!?, bundesweit (Schwerpunkt Berlin-Brandenburg, MV)

Seit vielen Jahren bezieht die DGB Jugend bei ihren Berufsschultouren auf den Schulhöfen eine klare Position gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Nun starteten sie im September diese Aktion. Um rassistischer Propaganda entgegenzuwirken, starteten sie ein

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Gewinnspiel. Alle die Cds oder anderes Propagandamaterial an die DGB-Jugend sendeten, konnten eine Sony Playstation 2 gewinnen.

Eine Zusammenarbeit der DGB-Jugend Nord und der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg!

Kontakt:

DGB Jugend Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1/3
10787 Berlin

DGB Jugend Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

15.09.2006: Festival „Laut gegen Rechts, Rostock

Das Konzert gegen Rechts auf der Marstallhalbinsel in Rostock übertraf alle Erwartungen. 11000 Menschen grölten, sangen und tanzten gegen Rechts.

Kontakt:

DGB Jugend Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
<http://www.rostock-bleibt-bunt.de/>

16.09.2006: Comedyabend gegen Rassismus, Essen

Zu einer ungewöhnlichen Veranstaltung gegen Rassismus und Gewalt lud Mitte September die DGB Jugend und die Jusos Essen ein: Die ca. 70 Besucher konnten sich von zwei Comedystars die Lachmuskeln massieren lassen und zugleich ein Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung setzen. Der aus TV-Sendungen wie z.B. „Mitternachtsspitzen“ bekannte Wilfried Schmickler wird bot dem Publikum bitterböses politisches Kabarett. Anschließend erklärte Kelvin der Musikpolizist, die Pophistorie von einer völlig neuen Seite zeigen.

„Neben vielen anderen Themen aus Politik und Gesellschaft wurde am Vorabend der Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern auch das Thema Rassismus auf äußerst unterhaltsame Weise behandelt. Die ZuschauerInnen haben sich trotz des ersten Hintergrunds über 2 Stunden lang prächtig amüsiert!“ berichtet die DGB Jugendbildungsreferentin Vera Visser. Dass das Thema Rassismus leider immer noch aktuell und auch im Ruhrgebiet zu finden ist, zeigte nach Einschätzung von Visser zuletzt der Aufmarsch von Rechtsextremen in Essen-Steele Ende August 2006. Mit der Teilnahme an dem Comedyabend haben die Essener ein deutliches Signal gegen Rechts gesetzt und dabei gute humorvolle Unterhaltung genossen.

Vera Visser zeigte sich nach der Veranstaltung begeistert: „Beide Comedians haben beweisen, dass man auch vor diesem ernsten Hintergrund Spaß haben kann!“ (Aktiv + Gleichberechtigt Oktober 2006)

Kontakt:

DGB Jugend Mülheim-Essen-Oberhausen
Vera Visser
Schützenbahn 11-13
45127 Essen

23.09.2006: Rockkonzert "send a sign - Halbe ist bunt statt braun"

Am 23. September 2006 fand ein, vom Aktionsbündnis und vielen ehrenamtlichen Helfern organisiertes Rockkonzert gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit statt. International bekannte Künstler (FreyGang aus Berlin, Matlock aus Schweden, Lord Bishop aus New York) und Schülerbands aus der Region Dahme-Spreewald (Glass Cage, San Fran Zernsdorf, Vonic, Tybald, Thunder Spring und The Productions...) setzten ein „künstlerisches“ Zeichen gegen Neonazis.

Neben dem Zeigen ihres musikalischen Könnens setzten sie auch selbstbewusst ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus in Halbe. Beeindruckend war es insbesondere für Gäste älteren Jahrgangs zu erleben, welche Disziplin und großes Engagement die Jugendlichen trotz aller Ausgelassenheit und Freude an den Tag legten. Für das erste Mal ist auch die Zahl von 320 verkauften Eintrittskarten und 120 Akteuren nichts, wohinter man sich verstecken müsste. Neben dem herrlichen Wetter und der professionellen, schmackhaften Versorgung aller Gäste durch die Akteure aus Halbe, haben am Erfolg dieser Veranstaltung viele Helfer ihren Anteil.

Kontakt:

DGB Jugend Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1-3
10787 Berlin
<http://jugend.berlin-brandenburg.dgb.de/>

25.09.2006: Ausstellung «Rechte Jugendkulturen - zwischen Lifestyle, Clique und Partei», Hamburg

Die Ausstellung will den Blick für die Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus schärfen. Stilmittel und Alltagskultur rechter Jugendlicher in der Bundesrepublik sind dokumentiert: Mode, Musik, Symbole, Codes und szenetypische Medien. Organisationsstrukturen, wie die so genannten Kameradschaften, die eine Mischung aus Politik und Freizeitgestaltung bieten, werden ebenso dargestellt, wie die Strategien rechtsextremer Parteien und Organisationen (Stichworte: Kulturelle Vormachtstellung und «National befreite Zonen»). Die Ausstellung zeigt auch, wie Rechtsextremisten versuchen Jugendliche zu ködern und zu beeinflussen. Im Rahmen der Ausstellung finden täglich vierstündige Tagesseminare statt, die sich vornehmlich an Jugendgruppen und Schulklassen richten. Sie werden jeweils von zwei erfahrenen Teamer/innen der DGB Jugend Hamburg geleitet.

Kontakt:

DGB Jugend Hamburg
Ulrike Pusch; Heiko Humburg
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

30.09.06: Kick gegen Rechts, Hagen

Die DGB-Jugend Ruhr-Mark und andere aktive GewerkschaftlerInnen führten mit anderen Organisationen ein Fußballturnier durch, um ein Zeichen gegen Rechts zu setzen.

Kontakt:

DGB-Jugend Ruhr-Mark
Simone Dreyer, Jugendbildungsreferentin:
Körnerstraße 43
58095 Hagen

26.10.2006: Festival „Aufmucken gegen Rechts“, Kassel

Eine Initiative aus politisch interessierten und engagierten jungen Menschen hat sich in Kassel zusammengefunden, um an zwei Tagen ein kleines, feines Festival gegen den Rechtsruck im Lande zu veranstalten. Man bedient sich dabei der Musik, weil auch Neonazis ganz gezielt, zum Beispiel mit dem Verteilen von Rechtsrock-CDs, dieses Medium einsetzen, um an Schulen Propaganda zu machen. Wichtige und erfolgreiche regionale Bands wie Lillit, Nirgendwo, My Cold Embrace und Unequal konnten für Auftritte gewonnen werden. Im Rahmenprogramm gab es "Zaubereien" und eine Feuershow.

Kontakt:

Holger Kindler
DGB-Jugendbüro Nordhessen
Spohrstraße 6-8
34117 Kassel

20.10.2006 – 19.11.2006 Ausstellung zum Thema Rechtsextremismus inkl. Begleitprogramm, Weiden

20.10.2006: Eröffnungsvortrag: Rechtsradikalismus in Bayern und in der Oberpfalz

25.10.2006: Antifaschistisches Kino und Jugendcafe: „Kleines Halbe – Große Geschichte“

09.11. 2006: Vortrag „Rechtsrock“

Etwa „vier oder fünf Nazis“, so vermutet DGB-Organisationssekretär Christian Dietl anfangs, hätten sich wohl eingeschlichen. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen. Polizeibeamte vor der Max-Reger-Halle, am Eingang weiteres Sicherheitspersonal, das einen geschulten Blick für mutmaßliche Rechtsradikale hat. Kein ungebetener Gast soll am Donnerstagabend den „Rechtsrock“-Vortrag von Jugendpfleger Ewald Zenger stören können. Und dann, nach etwa einer halben Stunde, passiert es doch: Nicht weniger als 20 Rechte stehen auf, entrollen eine NPD-Fahne, recken Fäuste in die Höhe. Und skandieren immer wieder lautstark „Frei, sozial und national“. Ein Tumult bricht los. Eine Schülerin erschrickt derart, dass sie zu weinen anfängt. Antifaschisten beschimpfen die Störer. Einer greift sich einen Stuhl, lässt sich nur mit Mühe vom Angriff auf die Rechten abhalten. Die rücken ab. Punks hinterher. Vor dem Ausgang geht Bruder Jürgen Heiß vom Augustinerseminar dazwischen, beruhigt die Gemüter. Dann sind die Unruhestifter endgültig verschwunden. „Sind keine Profis“ „Wenn sie ihr Gift nicht verspritzen können, verbreiten sie halt Angst und Schrecken“, kommentiert Dietl den Auftritt. Der begann, als Zenger Hörbeispiele rechtsradikaler Bands vorführte. Zwei Besucher erhoben sich, um provokant nachzuhaken („Warum hören wir hier keine aktuellen Lieder über Massenarbeitslosigkeit oder sozialen Zerfall?“). Nach kurzem Hin und Her brach der Jugendpfleger die fruchtlose Diskussion ab, verwies das Duo der Halle. Und die Kameraden zeigten sich solidarisch. „Wir sind leider keine Profis im Erkennen

von Nazis“, muss Zenger einräumen. Kein Wunder: Laut Polizei, die einige Personenüberprüfungen“ vornimmt, stammen die NPD-Leute nicht aus dem hiesigen Bereich, sondern aus Mittel- und Oberfranken. Die Halle betraten sie nach und nach, einzeln oder zu zweit. Und natürlich in unauffälliger Kleidung. Acht von ihnen verwehrte Bruder Jürgen von vornherein den Zutritt. Dass die Gesetzeshüter die Störenfriede später nicht erkenntlich behandeln, stößt Dietl sauer auf. Wie Polizeisprecher Werner Stopfer erklärt, fehlte dazu der Anlass: „Die Personen haben sich nicht widersetzt, als ihnen das Hausverbot ausgesprochen wurde. Eine Straftat war nicht erkennbar.“ Den Vortrag im unteren Foyer verfolgten laut Stopfer auch Zivilbeamte. DGB-Mann Dietl, Mitinitiator der Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ in der Max-Reger-Halle, gewinnt dem massiven NPD-Auftritt am Ende sogar Positives ab: „Die Rechten bezeichnen uns oft als ‚Krabbelgruppe‘. Aber denen stinkt’s offenbar total, dass wir das hier machen.“

13.11.2006: Podiumsgespräch: „Was tun, wenn Nazis vor der Tür stehen?“

Aktivitäten des DGB gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Kontakt:

DGB-Region Oberpfalz-Nord
Christian Dietl
Naabstr. 6
92637 Weiden
www.region-oberpfalz-nord.dgb.de

11.11.2006: Konzert: Rock gegen Rechts, Lauterbach

Kontakt:

DGB-Jugendbüro Mittelhessen
Friedrich-List-Str. 21
35398 Gießen

Unterstützung der Aktion „Noteingang“, Dessau

Grundanliegen der AKTION "NOTEINGANG" ist es, dass Dessau eine Stadt wird, in der sich möglichst viele Menschen gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und jede Form von Gewalt bekennen und sich aktiv einsetzen, um dies zu verhindern. Die Aktion wendet sich an alle, insbesondere an Personen des öffentlichen Lebens, Geschäftsleute, Einzelhändler, Gastwirte, Unternehmer sowie Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dessau! Wir alle sollten gemeinsam wirksamer als bisher gegen alle Erscheinungen von Rassismus, Rechtsextremismus und Alltagsgewalt vorgehen, um somit ein Zeichen für einen ehrlichen, gerechten und toleranten Umgang miteinander zu setzen.

Kontakt:

DGB-Region Dessau
Grenzstrasse 5
06849 Dessau